

Editorial

Die Rubrik *Übersichten und Findmittel* – seit Heft 6 / Juni 1991, fester Bestandteil der „MFK“ – nimmt diesmal einen besonders umfangreichen Platz ein. Mit der Berichterstattung über Bestandsübersichten und Findmittel von Archiven verschiedenster Bereiche in den neuen Bundesländern sollte die interessierte Öffentlichkeit schnell und umfassend über die erheblichen Veränderungen in der archivischen Zuständigkeit und im Bestandsprofil unterrichtet werden, die sich aus dem Beitritt der DDR zur BRD für diese Archive ergaben. Im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Archivorganisation in den neuen Bundesländern wurden zunehmend auch Veröffentlichungen von Archiven zentraler bzw. überregionaler Bedeutung ausführlich gewürdigt und auf internationale Zusammenhänge von DDR-Geschichte und Geschichte der bis 1989/90 bestehenden sozialistischen Staaten aufmerksam gemacht.

Seither sind 39 Folgen dieser Rubrik erschienen. Eine letzte Folge wird in Heft 50 der „MFK“ veröffentlicht. Die Redaktion folgt damit der v.a. im letzten Jahrzehnt in archivischen Fachkreisen gewachsenen Einsicht, der wissenschaftlichen Öffentlichkeit künftig die in den Archiven aufbereiteten Erschließungsinformationen (Beständeübersichten, bestands- und / bzw. archivübergreifende thematische Inventare, Findbücher und sonstige beständebezogene Informationen) und das bereits digitalisierte Archivgut in digitaler Form zur Verfügung zu stellen. Gegenwärtig werden Erschließungsinformationen parallel in Print- und in digitaler Form angeboten. Vor allem archivtypspezifische (des Bundes: www.argus.bundesarchiv.de) oder regionsbezogene Plattformen großer Archive der Länder (z.B. Thüringen: www.archive-in-thueringen.de) leisten derzeit eine wichtige Arbeit in der schnellen Information über Erschließungsergebnisse.

Ein bedeutsamer Fortschritt für den Archivbenutzer wird das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) initiierte und umfassend geförderte Projekt *Archivportal-D* (einheitliches ONLINE-System für alle deutschen Archive) darstellen. Auf dem Deutschen Archivtag 2014 erfolgte die Freischaltung des im Aufbau befindlichen Portals, das unter der Adresse www.archivportal-d.de kostenfrei zugänglich sein wird.¹ Künftig wird mit dem Archivportal-D ein zentraler Zugangspunkt für die Recherche nach Beständen, Akten, Findmitteln aller beteiligten Archive (Staatliche Archive, Kommunale Archive, Archive der Parlamente, politischen Parteien, Stiftungen und Verbände, der Hochschulen u.a.m.) geschaffen werden. Im konzeptionellen Aufbau des Archivportal-D werden in jedem Fall quellenkundlich wichtige Aspekte bei der Präsentation von Erschließungsinformationen berücksichtigt.

Herausgeber und Redaktion

¹ Nachfolgende Ausführungen fußen auf dem Beitrag von Gerald Maier/Christina Wolf: Archivportal-D: eine spartenspezifische Sicht der Deutschen Digitalen Bibliothek. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 62. Jg., H.1, Jan./Febr. 2015, S. 3-11; mit ausführlicher Bibliografie.

INHALT

Editorial	1
<i>Herausgeber</i>	

Archive und Bibliotheken

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) (Folge I)	4
<i>Dr. Birgid Leske</i>	

Besondere Zeitdokumente

Die Vorbereitungen für die Bildung einer „Sozialistischen Einheitspartei“ in Berlin-Neukölln 1945/46 und die Repressionen der Westalliierten.	8
<i>Dr. Reiner Zilkenat</i>	

Zuspitzung am Beginn des Kalten Krieges. Ein Protokoll des Präsidialausschusses des Kulturbundes aus dem Jahre 1948	14
<i>Prof. Dr. Siegfried Prokop</i>	

Übersichten und Findmittel

Folge XXXIX.	18
<i>Kurt Metschies</i>	

Tagungen und Konferenzen

51. Linzer Konferenz der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) zum Thema „Work and Non-Work“	29
<i>Dr. Axel Weipert</i>	

46. Tagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) in Edinburgh, 16. – 19. September 2015	32
<i>Prof. Dr. Christian Koller / lic. phil. Stefan Länzlinger</i>	

„Die DDR zweimal gelebt“. Kolloquium der „Hellen Panke“ in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung: In Memoriam Wilfriede Otto (1933-2015)	34
<i>Prof. Dr. Siegfried Prokop</i>	

Außerordentliche Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 29. November 2015	35
<i>Prof. Dr. Günter Benser</i>	

Neues aus der Forschung

Promotionsprojekt: Jüdische KZ- und „Schutzhäftlinge“ in Berlin und Brandenburg 1933/34	37
<i>Julia Pietsch</i>	

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2015	41
Personalien	45

Vorträge

Nomenklaturkader und andere Partner des MfS. Personen im Grenzbereich von Staatspartei und Staatssicherheit, 17. September 2015 . .	49
<i>Christian Booß, Dr. Helmut Müller-Enbergs</i>	

Informationen	40	47	48	51
--------------------------------	----	----	----	----

Buchbesprechungen & Literaturhinweise	52
--	----

Archive und Bibliotheken

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) – I.

Die Gründung des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW)* und der *Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung (ITH)* – beide können auf eine mehr als 50jährige Geschichte zurückblicken – sind vor allem mit einem Namen verbunden: Herbert Steiner.¹ 1963 zunächst als privater Verein mit finanzieller Unterstützung des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) gegründet², wird das DÖW seit 1983 durch eine Stiftung getragen, in der neben dem Verein Dokumentationsarchiv das Wissenschaftsministerium der Republik Österreich und die Stadt Wien vertreten sind.

Die wissenschaftliche Leitung des DÖW lag von 1963 bis zu seiner Pensionierung 1983 in den Händen von Herbert Steiner. Ihm folgten Wolfgang Neugebauer (1983-2004), Brigitte Bailer-Galanda (2004-2014) und Gerhard Baumgartner (seit 2014).

Die Gründung des DÖW war eine Reaktion auf die politische Entwicklung in Österreich der 1950er Jahren, die durch eine weitgehende Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit und ein Wiedererstarken rechtsextremer Kräfte gekennzeichnet war. Seine überparteiliche, pluralistische Ausrichtung spiegelt sich von Anfang an in den wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkten, den Kontakten zu den verschiedenen Opferverbänden sowie der Zusammensetzung von Vorstand und Kuratorium mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wider.

Den Grundstock des DÖW bildeten Dokumente zu Widerstand, Verfolgung, Vertreibung und Exil, die eine Arbeitsgruppe des KZ-Verbandes – koordiniert durch Herbert Steiner – seit 1959 gesammelt und katalogisiert hatte.³ Über viele Jahre

¹ Zu Leben und Wirken Herbert Steiners siehe Brigitte Bailer/Winfried R. Garscha/Wolfgang Neugebauer: Herbert Steiner und die Gründung des DÖW. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Wien 2013 (= Jahrbuch 2013), S. 43-62. – Online unter http://www.doew.at/cms/download/70s7n/Opferschicksale_Jahrbuch%202013.pdf. – sowie Winfried R. Garscha: Herbert Steiner (1923-2001). In: Günter Benser/Michael Schneider (Hrsg.): „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn-Bad Godesberg 2009, S. 326-334.

² Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben Steiner u.a. der Begründer der österreichischen wissenschaftlichen Zeitgeschichtsforschung Ludwig Jedlicka, der Jurist, Soziologe und katholische Sozialreformer August Maria Knoll, der Jurist und Stellv. Generaldirektor der Städtischen Versicherungsanstalt in Wien Paul Schärf, der Jurist, Kommunist u. Widerstandskämpfer Ludwig Soswinski sowie der Historiker und Holocaustüberlebende Jonny Moser.

³ Siehe Brigitte Bailer/Winfried R. Garscha/Wolfgang Neugebauer, a.a.O., S. 54.

oblag die Arbeit in Archiv und Bibliothek einer größeren Gruppe engagierter freiwilliger Helfer, die über persönliche Erfahrungen mit Widerstand, nationalsozialistischen Terror und erzwungenem Exil verfügten. Erst mit Gründung der Stiftung wurde es möglich, hauptamtliche Mitarbeiter zu beschäftigen.

Nähere Informationen zu den Entstehungsbedingungen des DÖW, der Tätigkeit der 14köpfigen Archivgruppe der Jahre 1952-1962, den Sammelschwerpunkten, der Katalogisierung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DÖW und der elektronischen Verzeichnung der Akten finden sich im Beitrag Winfried R. Garscha: Das Archiv des DÖW. In: Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien 2008, S. 9-21.⁴

Im Folgenden sollen – gestützt auf die Internetplattform des Dokumentationsarchivs <http://www.doew.at> – einige im DÖW vorhandene Bestände vorgestellt werden.

Polizei- und Justizakten zu Widerstand und Verfolgung 1934 - 1938 und 1938 - 1945, Strafverfahren gegen NS-Täter 1945 - 1955, Nachlässe und andere persönliche Dokumente: Wie Garscha schreibt, bilden diese Bestandsgruppen den Schwerpunkt der Überlieferungen des DÖW. Infolgedessen bestehen ca. Dreiviertel der im DÖW verwahrten Akten aus Kopien, deren Originale sich im Bestand in- und ausländischer Archive sowie von Privatsammlungen befinden. Die vorhandenen Originaldokumente werden aus konservatorischen Gründen nur in begründeten Ausnahmefällen bzw. in Form von Kopien der Benutzung zugänglich gemacht. „Bei den Originalen handelt es sich in erster Linie um persönliche Aufzeichnungen von WiderstandskämpferInnen und Verfolgten, um Briefe und Postkarten, aber auch um ‚Kassiber‘... Der größte Original-Bestand sind die rund 13.000 Personalakten des KZ-Verbands Wien bis zu seiner behördlichen Auflösung, die vom Bundesministerium für Inneres 1948 beschlagnahmt worden waren; sie waren bereits in den 1960er Jahren dem DÖW übergeben worden.

Die beiden größten Bestände an Kopien-Sammlungen sind die Anfang der 1970er Jahre angefertigten auszugsweisen Kopien von Akten der Wiener Opferfürsorge betreffend rund 10.000 Überlebende oder Nachkommen von Hingerichteten sowie die in den 1980er und 1990er Jahren angefertigten Kopien der Akten von über 500 Prozessen vor dem Volksgericht Wien (1945-1955), darunter der Großteil aller gegen Gestapo-Beamte geführten Verfahren.“⁵ Anlass solcher Kopieraktionen waren – so Winfried R. Garscha – zumeist konkrete Forschungsvorhaben wie die 1975 erschienene Dokumentation „Widerstand und Verfolgung in Wien“⁶.

⁴ Siehe http://www.doew.at/cms/download/avbs9/bewahren_garscha.pdf.

⁵ Ebenda, S. 13/14.

⁶ Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 – 1945. Eine Dokumentation, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Bearb.: Wolfgang Neugebauer – Bd. 1: 1934 - 1938: Die Sozialisten / Die Kommunisten / Die Freien Gewerkschaften / Der Schutzbund / Splittergruppen der illegalen Arbeiterbewegung / Die Opposition aus dem christlichsozial-konservativen Lager – Bd. 2: 1938 - 1945: Arbeiterbewegung: Sozialisten - Kommunisten - Widerstand in den Betrieben - Sonstige Gruppen / Überparteiliche und sonstige Gruppen – Bd. 3: 1938 - 1945: Das katholisch-konservative Lager: Katholische Kirche - Katholisch-konservativer Widerstand - Legitimistischer

Zu den **Spezialsammlungen** gehören das Fotoarchiv, die Plakatsammlung, das Spanienarchiv, die Sammlung Frauen-KZ Ravensbrück, die Rechtsextremismus-Sammlung sowie die Sammlungen Mikrofilme und Museumsgegenstände.

Fotoarchiv: Der Bestand umfasst mehr als 42.000 Bilder zu folgenden thematischen Schwerpunkten: Österreichische Zwischenkriegszeit, Widerstand und Verfolgung in Österreich 1934-1945, Widerstand in Europa, Österreicher im Exil, Erster und Zweiter Weltkrieg, Konzentrationslager, Nachkriegszeit in Österreich, Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Gedenkstätten des Widerstandes. Ein großer Teil der Aufnahmen stammt aus Privatbesitz bzw. aus dem Besitz des KZ-Verbandes. *Erschließung:* Zum Großteil EDV-gestützt ausgewertet (Namensauswertung, geografische, chronologische und inhaltliche Verschlagwortung; kurze inhaltliche Beschreibung); für die geplante Digitalisierung des Fotoarchivs ist zurzeit eine kritische Revision des Bestands in Arbeit.

Erzählte Geschichte: Im Rahmen eines 1982 gestarteten Oral-History Projekts wurden ca. 1.000 Personen, die während der Jahre 1934-1945 am antifaschistischen Widerstandskampf teilnahmen und/oder verfolgt wurden, zu ihrer Lebensgeschichte befragt. Inhaltliche Schwerpunkte u.a.: Erste Republik, Antisemitismus vor 1938, Februarkämpfe 1934, "Ständestaat" 1934-1938, Widerstand 1934-1938, Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939, "Anschluss" Österreichs März/April 1938, NS-Judenverfolgung, Kärntner SlowenInnen: Flucht, „Aussiedlung“, Widerstand 1938-1945, Haft 1938-1945, Exil (so in Frankreich, Großbritannien, Schweden, USA), Nachkriegszeit. *Erschließung:* EDV-gestützte Aufarbeitung, Archivierung als Abschrift bzw. als Tonbandkassette (derzeit über 2.800 Kassetten, digitalisiert).

Plakatsammlung: Umfang ca. 3.000 Plakate aus dem Zeitraum Erster Weltkrieg bis zur Gegenwart. Schwerpunkte: Erste Republik, "Ständestaat", NS-Zeit. *Erschließung:* zum Großteil in Findbüchern erfasst; Kataloge; 2006 wurde mit der Neukatalogisierung des Bestands begonnen; angedacht ist mittelfristig eine virtuell zugängliche digitale Sammlung.

Spanienarchiv: Einzigartige, 1984 ff. von Hans Landauer⁷ aufgebaute Spezialsammlung. Enthält Kopien amtlicher Dokumente, Fotos, Briefe, Zeitungsartikel, au-

Widerstand / Andere religiöse Gruppen / Die Verfolgung der Juden / Ethnische Minderheiten / Fremdarbeiter und Kriegsgefangene / Militärischer Widerstand / Individueller Widerstand, 2. Aufl., Wien 1984. Darüber hinaus erschienen in der vom DÖW herausgegebenen Reihe „Widerstand und Verfolgung 1934-1945“ die Publikationen „... im Burgenland“ (1979, 2. Aufl., Wien 1983), „... in Oberösterreich“ (2 Bd., Wien 1982), „... in Tirol“ (2 Bd., Wien 1984), „... in Niederösterreich“ (3 Bd., Wien 1987) und „... in Salzburg“ (2 Bd., Wien 1991).

⁷ Hans Landauer (1921-2014). Arbeiter; Rote Falken. Ab Sommer 1937 Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg (XI. Internationale Brigade). 1939 Internierung in Frankreich (Saint-Cyprien, Gurs, Argelès, Gefängnis Toulon); Nov. 1940 Verhaftung in Paris; bis April 1945 Haft im KZ Dachau. Nach der Befreiung Sicherheitsdirektion Niederösterreich, Kriminalpolizei Wien. Angehöriger des UNO-Polizeikontingents auf Zypern und Sicherheitsbeamter an der Österreichischen Botschaft in Beirut. Ab 1983 Mitarbeiter des DÖW. Neben Aufbau und Betreuung der Spanien-Dokumentation publizistische Tätigkeit – z.B. Hans Landauer/Erich Hackl: Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939, Theodor Kramer Gesellschaft (Hrsg.), 2., erweiterte und verbesserte Auflage, Wien 2008. Siehe <http://www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online/spanienfreiwillige/landauer-hans>.

tobiografische Texte von mehr als 1.400 ÖsterreicherInnen, die auf Seiten der Republik am Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) teilnahmen. Die Sammlung umfasst auch Unterlagen zu deutschen SpanienkämpferInnen und wird durch die Spezialbibliothek "Spanischer Bürgerkrieg" ergänzt. *Erschließung*: EDV-gestützte Aufarbeitung ("Archidoc").

Frauen-KZ Ravensbrück: Unterlagen über die Lager Ravensbrück und Uckermark sowie Akten über den Prozess gegen die Wachmannschaft und die SS-Ärzte des KZ Ravensbrück, Hamburg 1946-1948 (auszugsweise Kopien, Übersetzungen aus dem Englischen). *Erschließung*: EDV-gestützte Aufarbeitung ("Archidoc").

Rechtsextremismus-Sammlung: Material zu mehr als 150 derzeit existierenden bzw. früheren österreichischen sowie rd. 100 deutschen Organisationen und Parteien – insbesondere Zeitungsausschnitte, rechtsextreme Periodika, Flugblätter, Bücher, Videos und CDs –, wobei die Schwerpunkte auf den von einschlägigen Gruppen und Personen selbst herausgegebenen Publikationen und die von ihnen gestalteten Websites im Internet liegen. Die Sammlung ist wie folgt gegliedert: Länder (neben Beständen zu Österreich und Deutschland sind kleinere und größere Materialsammlungen zu weiteren europäischen sowie außereuropäischen Staaten vorhanden); rechtsextreme / neonazistische Organisationen, Parteien, Medien; Themenbereiche (AusländerInnenfeindlichkeit, Antisemitismus, "Revisionismus", Burschenschaften, Skinheads, Musik, Internet, Esoterik und Rechtsextremismus); allgemeine Aspekte des Rechtsextremismus und Neonazismus. *Erschließung*: EDV-gestützt; Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Ergänzung erfährt die Sammlung durch die Bibliothek des DÖW mit einer großen Anzahl von Büchern zu dieser Thematik.

Mikrofilme: 1. aus amerikanischen und britischen Archiven (vor allem Akten von NS-Behörden); 2. Mikroverfilmtes Quellenmaterial des Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933⁸ (Unterlagen zu 25.000 EmigrantInnen – Fragebogen, Zeitungs- und Zeitschriftenausschnitte); 3. Mikroverfilmte Akten der österreichischen Volksgerichte nach 1945: Vorläufig nur Akten des Volksgerichts beim Landesgericht Wien; Benutzung an besondere Auflagen gebunden.

Museumsgegenstände: KZ-Bekleidung, Uniformen, Kappen, Handarbeiten aus KZs, Gefängnissen und Internierungslagern, diverse Fahnen, Embleme, Abzeichen, Orden, Armbinden, Erinnerungsalben, Lagergeld, Ausweise, Pässe, Formulare, Stempel etc. Bestand digital erfasst.

Das DÖW ist wie folgt erreichbar:

Altes Rathaus, Wipplingerstr. 6-8, A-1010 Wien.

Tel.: +43-1-22 89 469/319, Fax: +43-1-22 89 469/391, E-Mail: office@doew.at.

[Fortsetzung folgt]

Birgid Leske

⁸ Werner Röder /Herbert A. Strauss (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945 / International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte / Research Foundation for Jewish Immigration, 3 Bd., K. G. Saur: München, New York, London, Paris 1980-1983.

Besondere Zeitdokumente

Die Vorbereitungen für die Bildung einer „Sozialistischen Einheitspartei“ in Berlin-Neukölln 1945/46 und die Repressionen der Westalliierten

Der Stadtbezirk Neukölln zählte von 1945 bis 1990 zum US-amerikanischen Sektor Berlins. Mit ca. 270.000 Einwohnern (1945/46) war er einer der einwohnerstärksten Bezirke. Traditionsgemäß waren die Arbeiterparteien hier die stärkste politische Kraft, was sich auch bei den Wahlen zu den unterschiedlichen Parlamenten niederschlug. Noch am 12. März 1933 errangen die SPD und die KPD bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, ungeachtet des gegen sie gerichteten Nazi-Terrors, zusammen 41,5% der Stimmen (22 bzw. 19,5 %), während die NSDAP 38,9 % der Stimmen auf sich vereinen und damit die „rote Hochburg“ Neukölln nicht erobern konnte.

Als nach der Befreiung vom Faschismus am 2. Juli 1945 die ersten Truppen der Westalliierten in ihre Sektoren einrückten und die sowjetischen Einheiten ersetzten, übernahmen die britischen, US-amerikanischen und französischen Stadtkommandanten alle bis dahin von der Sowjetischen Militäradministration für Groß-Berlin geltenden Befehle, darunter auch den Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945, der die Bildung von Parteien gestattete.

Im Neuköllner Ortsteil Buckow-Ost hatte sich am gleichen Tag, also noch unmittelbar vor der offiziellen Konstituierung beider Parteien, ein gemeinsamer Ausschuss von SPD und KPD gebildet.¹ In seiner öffentlichen Verlautbarung hieß es, Sozialdemokraten und Kommunisten müssten „gemeinsame Versammlungen und Kundgebungen“ durchführen und sich „von dem Willen“ leiten lassen, „nie wieder eine Spaltung der Arbeiterschaft“ zu gestatten „und jeden, der die Zusammenarbeit (...) hindert, ohne weiteres fallen zu lassen.“²

Beide Arbeiterparteien initiierten ein System von antifaschistischen Hausobleuten, die sich der Normalisierung des Lebens widmeten. Dies bedeutete u.a. die Bergung der Leichen von den Straßen und aus den Trümmern, Hilfeleistungen bei der Verteilung von Lebensmittelkarten, bei der Wiederaufnahme des Nahverkehrs, des Schulunterrichtes und des Gesundheitswesens sowie bei der Ermittlung und Zuteilung des noch nutzbaren Wohnraums. In Neukölln untersagte allerdings bereits am 2. August 1945 Major George F. Pawling die weitere Tätigkeit der Haus-

¹ Die Parteiorganisation der KPD war bereits am 7. Juli 1945 gegründet worden. Siehe Bruno Kuster/Reiner Zilkenat: Hitlerfaschismus geschlagen – Die KPD lebt und kämpft! Aus dem Kampf der Berliner Kommunisten 1945, Westberlin 1985, S.215 f.

² Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB), C Rep. 900-03 Nr.6, unfol.

vertrauensleute durch einen Kommandanturbefehl.³ Die anderen Kommandanturen in den Westsektoren der Stadt folgten alsbald diesem Beispiel.

Der Wille zur Einheit beider Arbeiterparteien war durchaus verbreitet. In allen Stadtbezirken Berlins entstanden gemeinsame Ausschüsse, wurden politische Diskussionen und Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Es verdient festgehalten zu werden, dass dies keine spezifische Erscheinung im sowjetischen Sektor darstellte, sondern in allen vier Sektoren praktiziert wurde. Allerdings waren die von Kurt Schumacher mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte ausgehenden Handlungen, die Zusammenarbeit und erst recht die Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei zu verhindern, auch in Neukölln nicht ohne Wirkungen geblieben.⁴ So verabschiedete die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD am 16. Dezember 1945 „Richtlinien zur Zusammenarbeit mit der KPD“, in denen gemeinsame Listen mit der KPD bei bevorstehenden Wahlen abgelehnt und vor allem die Unterschiede zu den Kommunisten herausgestrichen wurden, während die Gemeinsamkeiten mehr am Rande Erwähnung fanden.⁵ Mit der Sechziger-Konferenz vom 20./21. Dezember 1945, als jeweils dreißig Repräsentanten von Sozialdemokratischer und Kommunistischer Partei im Parteihaus der SPD in der Behrenstraße im Stadtbezirk Mitte auf die Bildung einer Sozialistischen Einheitspartei orientierten, bekamen diese Tendenzen eine neue Schubkraft, auch im Stadtbezirk Neukölln.⁶ So heißt es in einem Bericht der Arbeitsgemeinschaft von SPD und KPD Neukölln vom 16. Februar 1946 u.a.: „Gemeinsame Veranstaltung im Krankenhaus II und Post zwecks Ausarbeitung einer gemeinsamen Erklärung für die Verschmelzung beider Parteien. Im Betrieb Nord-Kabel wird eine neue Betriebsgruppe gebildet, in der gleich von vornherein KPD- und SPD-Kollegen zusammen arbeiten. Am Sonntag, d. 23. d. Ms., findet eine gemeinsame Funktionär-Versammlung... statt, mit dem Ziel, ein Organisations-Komitee zu bilden. Dieses Organisations-Komitee arbeitet ein Programm aus, wann und wo nun die gemeinsamen Funktionär-Sitzungen, Mitgliederversammlungen und Schulungsabende stattfinden sollen.“⁷

Auf dieser Funktionärsversammlung, zu der jeweils sechzig Sozialdemokraten und Kommunisten eingeladen worden waren, wurde ein sechsköpfiges Organisationskomitee gebildet, dem u.a. die Neuköllner Vorsitzenden der Arbeiterparteien Emil Redmann (KPD) und Richard Günther (SPD) angehörten.⁸ Am 28. Februar

³ Ebenda, C Rep. 900-01 Nr.83, unfol.

⁴ Siehe Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, S.106 ff., bes. 118 ff.

⁵ Siehe Norbert Podewin/Manfred Teresiak: „Brüder, in eins nun die Hände...!“ Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin, Berlin 1996, S.279 f.

⁶ Siehe hierzu: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch u. Andreas Malycha, Berlin 1990 sowie Günter Benser: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 4: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46), Berlin 2009, S.193 ff.

⁷ LAB, C Rep. 900-03 Nr.6, unfol.

⁸ Ebenda, Bericht der Verwaltungsbezirksleitung Neukölln der KPD an die Bezirksleitung Groß-Berlin vom 25.2.1946.

1946 trat es zu seiner ersten Tagung zusammen. Beschlossen wurde die Versendung eines Briefes an alle Parteimitglieder der SPD und KPD, in dem die Argumente für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei aufgeführt werden sollten. Außerdem wurden Fragen des künftigen Parteistatuts und der Arbeit in den Betrieben besprochen sowie ein Aufruf an die Neuköllner Bevölkerung diskutiert.⁹

Nach der Sechziger-Konferenz vom Dezember 1945 erreichten die Berliner Partei-Zentralen der SPD und der KPD zahlreiche Unterschriftenlisten aus Betrieben und Institutionen, in denen Sozialdemokraten, Kommunisten, aber auch Parteilose ihre Zustimmung zur Konstituierung einer Sozialistischen Einheitspartei bekundeten.¹⁰ Als Faksimile drucken wir eine dieser Listen aus Neukölln ab, die am 13. Februar 1946 von 17 Kollegen des Polizeireviers 217 unterzeichnet wurde. Zwei weitere Unterschriftenlisten aus Revieren dieses Stadtbezirks finden sich in den Akten. Dies erscheint umso bemerkenswerter, als die gängige Interpretation der Vereinigung in der vorherrschenden Geschichtsschreibung als „Zwangvereinigung“ mit diesem Faktum nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Rote Armee konnte schließlich nicht im US-amerikanischen Sektor Neukölln Angehörige der Polizei, Arbeiter und Angestellte „zwingen“, sich mit Namensnennung zugunsten der Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei zu engagieren.

Allerdings zeigte es sich bald, dass diese Aktivitäten in den Westsektoren Berlins von den westalliierten Autoritäten nicht nur mit äußerstem Misstrauen beobachtet wurden, sondern mit zahlreichen repressiven Maßnahmen verhindert werden sollten. Auch in Neukölln wurden dabei verschiedenartige Aktionen der US-Militärbehörden realisiert, um die Bestrebungen zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei zu stören, sie letztlich zu torpedieren bzw. nach ihrer Konstituierung möglichst nachhaltig zu schikanieren. Derartige Handlungen wurden in den Wochen und Monaten nach der Vereinigung beider Parteien mit Hochdruck fortgesetzt. Worum handelte es sich?

Es ging um die verzögerte oder nicht erteilte Genehmigung zur Abhaltung von Partei- und öffentlichen Versammlungen. Zugleich wurde Kurt Schumacher und seinen Berliner Parteigängern jede denkbare logistische und publizistische Hilfe gewährt. Es wurde ferner der Versuch unternommen, die SED als neu entstandene Partei nicht zuzulassen bzw. ihre Betätigung weitgehend zu unterbinden.¹¹ Es seien nur solche Versammlungen gestattet, die separat von der KPD bzw. ihren ehemaligen Mitgliedern durchgeführt würden. In diesen Versammlungen „sei der Besuch von Gästen nicht gestattet. Es kann jederzeit mit der Möglichkeit einer Kontrolle gerechnet werden.“ Auf die Frage, ob die ehemaligen Mitglieder der SPD, die sich

⁹ Ebenda, Bericht der Verwaltungsbezirksleitung der KPD an die Bezirksleitung Groß-Berlin vom 1.3.1946.

¹⁰ Zahlreiche Resolutionen, auch aus Neukölln, finden sich in: LAB, C Rep. 900-01 Nr.12.

¹¹ Siehe u.a. LAB, C Rep. 900-03 Nr.6, unfol., den Bericht des ehemaligen KPD- und SED-Funktionärs Netzeband über ein Treffen der Vertreter aller Parteien im us-amerikanischen Sektor mit einem namentlich nicht genannten Oberst der US-Army: Bericht über den Verlauf einer Zusammenkunft in der amerikanischen Kommandantur. Unterschrift: Netzeband, undatiert (voraussichtlich Ende April 1946), 2 S.

zur SED bekennen, sich ebenfalls separat versammelt dürften, erfolgte die Antwort: „Wenn sie sich lächerlich machen wollen, dann können sie eine Genehmigung einreichen. Sie müssen sich aber ‚ehemalige‘ oder ‚alte SPD‘ nennen.“ Im Übrigen dürfe bei der Einladung zu derartigen Zusammenkünften „nicht Stellung genommen werden zur Frage der Einheit der Arbeiterparteien und der Einheitspartei selbst“.

Etwa vier Wochen nach dieser Zusammenkunft in Zehlendorf, zwei Wochen nach dem Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946, wurde die von dem hier zitierten Oberst avisierte Praxis der us-amerikanischen Besatzungsbehörden schriftlich fixiert. Vorausgegangen war offenbar ein Gespräch mit den KPD-Verantwortlichen der Stadtbezirke des amerikanischen Sektors, das wohl mehr eine Befehlsausgabe durch die US-Autoritäten darstellte. In dem betreffenden Schreiben heißt es u.a., dass die KPD, solange die Sozialistische Einheitspartei noch nicht genehmigt worden sei, nur unter folgenden Voraussetzungen Versammlungen einberufen dürfe: Bitten zur Genehmigung von Versammlungen müssten „den Zweck und den Grund der Versammlung, die Zeit und den Ort der Versammlung, die Namen der Redner, sowie deren Themen... enthalten“. Und weiter: „In dem Ansuchen ist besonders anzuführen, dass keine, die SED oder das Verhältnis zur SPD betreffenden Angelegenheiten in der Versammlung zur Sprache gebracht werden. Das Ansinnen muss persönlich... beim Büro der Militär-Regierung, ...Steglitz, Grunewaldstraße 35 abgegeben werden und zwar nicht von einem Boten, sondern von einem Parteivertreter, der für die Versammlung verantwortlich ist. Dem Ansuchen muss die Übereinstimmung des Verwaltungsbezirks-Kommandantur-Verbindungs-offiziers beigelegt sein, der wiederum die Regeln der vorherigen Übereinstimmung des Verwaltungsbezirks-Bürgermeisters und der städtischen Polizeibehörden und/oder anderer zuständiger Stellen zu Grunde legen kann. Es wird empfohlen, dass das Ansuchen mindestens 5 Tage vor dem geplanten Tage unserem Büro zugeht. Louis Glaser, Oberstleutnant Civil Administration Branch, Chief of Branch.“¹²

Auch vor gewaltsamen Aktionen wurde nicht zurückgeschreckt. Am 4. Mai 1946 ereignete sich im ehemaligen Kreisbüro der SPD in Neukölln folgender Vorfall: Es erschienen „zwei Schumacher-Leute und forderten den Kreisleiter Günther (er war Mitglied der SED geworden – R.Z.) auf, ihnen das Kreisbüro mit allem Inventar zu übergeben. Günther weigerte sich, diesem Verlangen nachzugeben und erklärte, er werde das Kreisbüro erst dann übergeben, wenn er im Besitz eines schriftlichen Befehls der amerikanischen Besatzungsbehörde sei. (...) Etwa eine Stunde später erschien ein Kommando der amerikanischen Militärpolizei, bewaffnet mit Maschinenpistolen, ... und erklärte Günther für verhaftet.“¹³ Es stellt wohl keine Übertreibung dar, diese Anordnungen der US-Militärregierung als einen Versuch zu werten, die soeben entstandene SED in ihrem Berliner Sektor politisch auszugrenzen.

In Neukölln gelang es jedoch nicht, die Befürworter der Einheit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei mundtot zu machen, zumal die beiden Vorsitzenden,

¹² LAB, C Rep. 901 Nr. 428.

¹³ Ebenda.

Richard Günther und Hellmut Bock, aktiv in Wort und Schrift für die Schaffung der SED eintraten.¹⁴ Auch die „Urabstimmung“ zur Vereinigung, die am 31. März 1946 durchgeführt wurde, erbrachte für die Anhänger Schumachers in Neukölln nicht die von ihren Initiatoren erwünschten klaren Ergebnisse. Zunächst waren mehr als 37,2 % der Genossen der Empfehlung des Zentralausschusses der SPD gefolgt, der Abstimmung fern zu bleiben. 755 Mitglieder stimmten für die sofortige Vereinigung und 2.853 dagegen, aber immerhin votierten 2.465 Abstimmende für „ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt“, während dagegen lediglich 691 Sozialdemokraten stimmten.

Ende der 1940er Jahre wurden von den Gegnern der SED „harte Bandagen“ angezogen: SED-Mitglieder wurden aus dem öffentlichen Dienst, aber auch aus Betrieben entlassen. Dies geschah mit Hilfe der neu entstandenen „Unabhängigen Gewerkschafts-Organisation“ (UGO) und der anderen, antikommunistisch ausgerichteten Parteien, die im beginnenden Kalten Krieg die Sozialistische Einheitspartei und ihre Aktivitäten de facto politisch zu illegalisieren versuchten.

Die Maßnahmen der westalliierten Militärbehörden in Berlin, in ihren Sektoren jegliche gemeinsame Aktionen der beiden Arbeiterparteien, erst recht ihren Zusammenschluss zu einer Einheitspartei zu unterbinden, harren der Erforschung. Zwar liegen hierzu einige Veröffentlichungen vor¹⁵, die einen ersten Eindruck zu dieser Thematik vermitteln. Eine systematische Behandlung der Maßnahmen, die eine „Zwangsverhinderung“ der Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei beinhaltet und die auch die in den Jahren nach 1946 folgenden Repressalien gegen Mitglieder und Sympathisanten der Partei untersuchen würde, eingebettet in die Vorgeschichte und in die Anfänge des Kalten Krieges, existiert leider nicht. Mehrere Bestände im Landesarchiv Berlin, darunter auch Unterlagen der britischen und us-amerikanischen Militärregierung, könnten hierzu interessante Erkenntnisse ans Licht fördern und zur Entmythologisierung eines politisch umstrittenen Kapitels der Geschichte Berlins und des Kalten Krieges beitragen, das gemeinhin unter der Überschrift „Zwangsvereinigung“ abgehandelt wird.

Reiner Zilkenat

¹⁴ Siehe z.B. Hellmut Bock: Konzentration der Kräfte. In: Tägliche Rundschau, 27.2.1946; Richard Günther: Neukölln und die Vereinigung. In: LAB, C Rep. 901-01 Nr. 082; Neues Deutschland, 29.3.1996, S. 3.

¹⁵ Siehe Siegfried Thomas: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin (DDR) 1964; Bruno Kuster / Reiner Zilkenat: Hitlerfaschismus geschlagen – Die KPD lebt und kämpft! Aus dem Kampf der Berliner Kommunisten 1945, Westberlin 1985; Reiner Zilkenat: „Brüder, in eins nun die Hände!“ Die Auseinandersetzungen um die Schaffung der SED. In: Konsequent, Heft 2/1986, S.107 ff.; Beiträge zur Berliner Geschichte des Arbeitskreises Geschichte bei der DKP Neukölln, Heft 5, Berlin 2011; Reiner Zilkenat: Vereinigung ohne Zwang – zur Konstituierung der SED im Berliner Stadtbezirk Neukölln 1945/46. In: Rainer Holze / Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S.150 ff.

Neukölln, den 13. Februar 1946

Die Kollegen des Reviers 217 begrüßen die bevorstehende Vereinigung der beiden Parteien KPD und SPD in einer einheitlichen Arbeiterpartei. Die 12 Jahre Faschismus und auch die Entwicklung vor 1933 haben gezeigt, daß die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft nicht zum Vorteil derselben war. Wir Polizeianwärter glauben aber, daß alle Antifaschisten die Lehren aus den Fehlern, die gemacht worden sind, ziehen müssen, um eine Katastrophe noch größeren Ausmaßes wie die jetzige für Deutschland zu verhindern. Daher muß das Hauptziel aller ehrlichen antifaschistischen Deutschen sein, eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen.

Zu- und Vorname	Parteizugehörigkeit	
Becker Franz	KPD	Herrn Kell
Wobischewski Laruf	K.P.D.	Syrago
Wulke Paul	parteilos	Kullerl.
Rauk Werner	parteilos	Hänke
Mischke Gustav	parteilos	Hänke
Elken Hanspeter	parteilos	Hänke
Großmann Hilde	K.P.D.	Hänke
Braunmann Ernst	K.P.D.	Hänke
Sommerfeld Kurt	S.P.D.	Franz SP D
Hänke	K.P.D.	Hänke KPD
Wöber Emma	parteilos	Wendewitz KPD
Zakrevniko Alfred	K.P.D.	Witellus K.D.
Saller Margarete	parteilos	Bernstein
Lenzel Lotte	S.P.D.	Hänke
Hänke Paul	K.P.D.	Hänke
Hänke	K.P.D.	Hänke
Hänke	K.P.D.	Hänke

Zuspitzung am Beginn des Kalten Krieges

Ein Protokoll des Präsidialausschusses des Kulturbundes aus dem Jahre 1948

Das Protokoll des Präsidialausschusses des Kulturbundes¹ vom 2. August 1948 gibt Auskunft über die Versuche, im Amerikanischen Sektor von Berlin mit der Etablierung eines „Freien Kulturbundes“ eine Spaltung des Kulturbundes zu bewirken und informiert über Austritte von vier prominenten Kulturbundmitgliedern aus dem Kulturbund. Das Dokument belegt die Verengung des Dialogfeldes nach dem Verbot des Kulturbundes im Amerikanischen Sektor (8. Oktober 1947) und im Britischen Sektor von Berlin (12. November 1947) und im unmittelbaren Vorfeld des Ausschlusses von Dr. Ferdinand Friedensburg² aus dem Kulturbund (14. September 1948).

Im Juni 1948 war mit Währungs-, Verwaltungsspaltung, Blockade und Luftbrücke die Berlin-Krise als Höhepunkt am Beginn des Kalten Krieges ausgebrochen. Friedensburg als zeitweilig amtierender Oberbürgermeister geriet in eine schwierige Lage. Im Zeichen der Polarisierung der politischen Verhältnisse fand er sich auf der Seite der Gegenspieler der UdSSR und ihrer deutschen Bündnispartner wieder. Friedensburg, der im Westen wegen seines angeblichen Paktierens mit den Kommunisten angefeindet worden war, wurde jetzt aus dem Osten als „Verräter an der deutschen Einheit“ attackiert. Der Hinauswurf von Friedensburg aus dem Kulturbund markierte zugleich eine einschneidende Zäsur: den Bruch mit dem Prinzip der Überparteilichkeit des Kulturbundes.

Siegfried Prokop

¹ Der Präsidialausschuss wurde am 30. Juli 1946 auf Beschluss des Präsidialrates des Kulturbundes gegründet. Er sollte die Arbeit des Präsidialrates unterstützen und ihm rechenschaftspflichtig sein. Ihm gehörten unter dem Vorsitz des Präsidenten fünf Mitglieder des Präsidialrates, ferner der Generalsekretär, der innere Stellvertreter des Präsidenten, der Leiter der Abteilung literarische und kulturpolitische Arbeit sowie der Vorsitzende der Landesleitung Berlin an. Der Präsidialausschuss tagte jeden Montag. Dank der durch den Präsidialausschuss zu verzeichnenden Entlastung ging der Präsidialrat dazu über, nur noch jeden zweiten Monat unter Hinzuziehung der Landesvorsitzenden zu tagen. Die Protokolle des Präsidialausschusses sind im Archiv nur unvollständig überliefert.

² Dazu ausführlich: Siegfried Prokop/Dieter Zänker (Hrsg.): Einheit im Geistigen? Protokolle des Präsidialrates des Kulturbundes 1945-1948, Berlin 2015, S. 57-59.

Wortlaut:

Protokoll

der Sitzung des Präsidialausschusses vom 2. August 1948³

Anwesend waren die Herren	Dr. Friedensburg Ernst Lemmer Prof. Dr. Deiters Prof. Dr. Stroux Klaus Gysi Heinz Willmann
---------------------------	---

Die Sitzung wurde um 16,30 Uhr eröffnet mit einer Aussprache über die Gründung des sogenannten Freien Kulturbundes.

Herr Dr. Friedensburg interessierte sich dafür, welche Auswirkungen diese Gründung auf die Arbeit des Kulturbundes hätte und fragte, ob Austritte zu verzeichnen seien. Die Herren Prof. Deiters, Gysi und Willmann beantworteten diese Frage dahin, dass nach der Versammlung vor dem Schöneberger Rathaus von einer besonderen Aktivität der Gründungsgruppe nicht viel zu bemerken sei, allerdings lägen Berichte darüber vor, dass in einzelnen Fällen Personen bei Mitgliedern unseres Bundes erschienen seien, mit der Mitteilung, die Arbeit des Kulturbundes könne nun wieder fortgesetzt werden. Das geschah z.B. in Zehlendorf, wo bei einem Herrn Dr. Walter Hartwig, Bln.-Zehlendorf, Postweg 38, ein Mann, der sich nicht vorstellte, erschienen war, um ihn für eine Beteiligung an der Arbeit des Gründungsausschusses in der Argentinischen Allee 30 zu gewinnen. Herr Dr. Hartwig hatte den Eindruck, dass dieser Herr eine Mitgliederliste im Besitz habe und nun diese Mitglieder systematisch aufsuche. Es liegen der Landesleitung noch einige Mitteilungen dieser Art vor. Die Irreführung wird begünstigt dadurch, dass die Adresse Argentinische Allee 30 den Mitgliedern des Kulturbundes als Versammlungsort unseres Bundes bekannt ist. Bis zum Verbot fanden dort meist die Zusammenkünfte der Zehlendorfer Gruppe statt.

An Austritten waren zu verzeichnen: Dr. Nestriepke⁴, Dr. Pechel⁵, Prof. Fischer-Baling⁶ und Frau Renée Sintenis⁷. Die Austritte von Frau Sintenis und Dr. Pechel waren in persönlichen Briefen, an Herrn Becher gerichtet, mitgeteilt. Frau Sintenis begründete ihren Austritt mit dem Unvermögen, an den Sitzungen des Präsidialausschusses teilzunehmen und auf dessen Beschlüsse einzuwirken. Sie wolle

³ SAPMO (BArch), DY 27/980 unpag.

⁴ Dr. Siegfried Nestriepke (1885-1963), Sozialdemokratischer Journalist, später Theaterintendant und führender Vertreter der Volksbühnenbewegung.

⁵ Rudolf Pechel (1882-1961), Mitbegründer der CDU in Berlin und Herausgeber der „Deutschen Rundschau“.

⁶ Eugen Fischer-Baling (1881-1964), Bibliothekar, Schriftsteller, evangelischer Theologe.

⁷ Renée Sintenis (1888-1965), Bildhauerin und Grafikerin.

deshalb auch nicht die Verantwortung des Präsidialrates tragen und habe nicht die Absicht, sich irgendeiner anderen Organisation anzuschließen, da sie durch ihre gesundheitliche Behinderung auch dort nicht in der Lage sei, aktiv mitzuwirken. Herr Dr. Pechel gab in seinem Brief, der freundlich gehalten war, als Grund für seinen Austritt an, dass sich die politischen Dinge sehr zugespitzt hätten. Seine Versuche, zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu kommen, wären von der linken Seite her (Susanne Kerckhoff⁸) ziemlich schroff abgewiesen worden, und er zöge es deshalb vor, sich auch vom Kulturbund abzugrenzen. Herr Fischer-Baling gab in einem an Herrn Prof. Deiters gerichteten Brief seinem Missfallen Ausdruck über den Beschluss der Landesleitung anlässlich der separaten Währungsreform. Er sehe in diesem Beschluss eine einseitige Orientierung des Kulturbundes; und auch in einem Artikel von Heinz Willmann fand er Stellen, die für eine solche Einseitigkeit zu sprechen schienen. Beinahe dieselbe Begründung gab Dr. Nestriepke.

Dr. Friedensburg nahm diese Briefe zum Anlass für die Frage, ob man nicht die ganze Tätigkeit des Kulturbundes einmal einer gründlichen Kritik unterziehen müsse. Er sei nicht davon überzeugt, dass die Begründungen der Ausgetretenen nicht eine gewisse Berechtigung hätten. Auch ihm schien es, dass der Kulturbund sich oft unnötigerweise festlege. In den Äußerungen, die Heinz Willmann am Rundfunk gemacht habe, und auch in Artikeln von Herrn Gysi, sowie in Verlautbarungen, die Herr Gysi am Rundfunk gemacht habe, hätte ihm missfallen, dass dort das Vokabular der politischen Auseinandersetzungen in Tagesfragen zu sehr in Anspruch genommen worden sei. Wir müssten uns prüfen, ob durch das Ausscheiden der vorerwähnten Männer und Frauen der Kulturbund nicht eine Schlagseite erhalten habe.

Ernst Lemmer ist nicht der Auffassung von Herrn Friedensburg. Er bestreitet die Berechtigung der Vorwürfe gegen den Kulturbund und meint, in diesen Austritten und in den Angriffen gegen den Bund kämen die internationalen politischen Spannungen zum Ausdruck, Spannungen, denen sich immer weniger Menschen entziehen können, am allerwenigsten Leute, die als Lizenzträger einer Besatzungsmacht verpflichtet seien. Wer die Politik der Amerikaner in Berlin verfolge, wisse, dass sie von den Leuten, die in einer Abhängigkeit von ihnen sind, immer offener eine Stellungnahme für die Amerikaner fordern.

Herr Prof. Deiters weist in seinen Ausführungen auf das Beispiel des Herrn Dr. Behrmann, der jetzt für die Neugründung des Kulturvereins verantwortlich zeichnet und seinerzeit die Absetzung von Herrn Prof. Schomburg nur deshalb verlangt habe, weil dieser sich weigerte, die Mitarbeit von Mitgliedern der SED im Kulturbund abzulehnen. Nach Meinung des Herrn Deiters geht es um eine bewusst betriebene Spaltungspolitik, die sich in erster Linie gegen die SED richte und im selben Maße gegen die Sowjetunion.

⁸ Susanne Kerckhoff (1918-1950), Schriftstellerin, Feuilletonredakteurin der „Berliner Zeitung“, Halbschwester Wolfgang Harichs.

Herr Lemmer bemerkte dann noch in der Diskussion, es sei ein besonderes Unglück, dass die beiden marxistischen Parteien in einem Bruderstreit lägen. Das wirke sich auf alle Gebiete der Politik aus, auch auf die Arbeit des Kulturbundes. In der Diskussion kamen noch verschiedene Gesichtspunkte zum Ausdruck. Herr Friedensburg vertrat seinen Standpunkt von den verschiedenen Seiten her, Herr Gysi war der Meinung, dass viele wertvolle Kräfte, die bisher mit uns im Gespräch geblieben sind, heute resignieren, da sie sich aus der Sphäre absetzen, in der es zu scharfen politischen Auseinandersetzungen kommt oder kommen könnte, und dass wir im Kulturbund in einer solchen Situation nichts anderes tun können, als unsere Grundlinie konsequent weiter einzuhalten, dass wir andererseits aber nicht den Lebensfragen unseres Volkes ausweichen können. Dieselbe Auffassung vertrat auch Heinz Willmann, der den Vorschlag machte, seine Ausführungen am Rundfunk schriftlich zur Verfügung zu stellen, damit man darüber sprechen könne. Seines Erachtens wäre es falsch, wenn der Kulturbund in aller Öffentlichkeit diffamiert wird. Unsere Mitglieder werden das nicht begreifen. Sie verlangen, dass wir Stellung nehmen und in Erscheinung treten. Selbstverständlich muss das in sachlicher Weise geschehen und alle Angriffe dürfen uns nicht dazu verleiten, die überparteiliche Grundseite unserer Arbeit zu verlassen. Da die Texte der Austrittsbriefe, die zum Teil an Herrn Becher, zum Teil persönlich an Herrn Prof. Deiters gerichtet waren, nicht zur Stelle waren, bittet Dr. Friedensburg, diese Materialien zusammen mit den erwähnten Rundfunkvorträgen und der letzten Nummer der „Ausprache“ für die nächste Sitzung des Präsidialausschusses zur Verfügung zu halten. Zu dieser Sitzung soll auch endlich der Text der Geschäftsordnung für die Landesleitung vorliegen, nachdem das Büro versehentlich statt der Geschäftsordnung eine Arbeitsordnung an die Mitglieder geschickt hatte.

Nächste Sitzung am 6. 8. 48

Übersichten und Findmittel

Informationen über Mitteilungsblätter, Kurzbestandsübersichten und Findbücher von Archiven der neuen Bundesländer und Berlin, von Archiven der Parteien und Organisationen, von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen (XXXIX)

Brandenburg: In der Rubrik „Neues aus dem Institut“ informiert das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner über ein für die Forschungen zur Architekturgeschichte und zum Bauwesen der DDR wichtiges Digitalisierungsprojekt (DigiPortA).¹ Das Projekt verdankt seine Entstehung der Tatsache, dass nur sehr wenige Architekten und Planer aus der DDR über den engen Rahmen eines kleinen Spezialistenkreises hinaus bekannt sind. Eine Ursache hierfür ist, dass Architekten und Stadtplaner hauptsächlich in Kollektiven tätig waren. Neben Planunterlagen, Dokumenten, Fotos und Sekundärquellen (u.a. Buchveröffentlichungen, Zeitschriften und Zeitungen) sind biografische Zeugnisse von besonderer Bedeutung, um die individuelle Leistung des vorgenannten Berufskreises zu würdigen. Zugleich ist mit diesem Projekt die Absicht verbunden, die weitgehende Unkenntnis über die Architekten und Planer, die weite Teile der ostdeutschen Kulturlandschaft in der Zeit der DDR prägten, zu beseitigen.

In der Datenbank (DigiPortA) sind ab Frühjahr 2015 Grundinformationen zu allen 7.600 Mitgliedern des Bundes der Architekten der DDR (BdA) online recherchierbar. Der BdA war der Fachverband der Architekten, Landschaftsgestalter, Städtebauer, Stadt- und Regionalplaner in der DDR. Wichtigste Quellengrundlage für das biografische Portal sind die im IRS Erkner vorliegenden Aufnahmeanträge des BdA², die durch weitere im IRS befindliche Quellengruppen ihre Ergänzung finden.

Kai Drewes, Leiter der wissenschaftlichen Sammlungen des IRS Erkner, berichtet im Beitrag „Die DDR von oben“³ über den Zugang eines größeren Teils von Luftbildaufnahmen von Bauensembles verschiedener DDR-Städte, die vom Fotografen Lothar Willmann (geb. 1936) produziert worden sind. Lothar Willmann war bereits vor 1989 für das Institut für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie der DDR, dem institutionellen Vorgänger des heutigen IRS, tätig. Aus dieser Zeit liegen bereits Auftragsarbeiten von ihm im Archiv der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS vor. Weitere Teile des Vorlasses von Willmann befinden sich aus themati-

¹ IRS aktuell. Hrsg. Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner, Nr. 79, Juni 2014, S. 19. - Das Projekt "DigiPortA" vereint die Porträtbestände aus neun Archiven der Leibniz-Gemeinschaft im Umfang von ca. 33.000 Bildern; siehe <http://www.digiporta.net>.

² Vgl. ausführliche Annotation der Beständeübersicht des IRS – Christoph Bernhardt (Hrsg.): Die wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main [u.a.] 2012, 131 S., Abb. In: MFK, Nr. 44, September 2013, S. 17-21.

³ IRS aktuell, a.a.O., Nr. 80, September 2014, S. 16/17.

schen Gründen in den folgenden Leibniz-Instituten: Archiv des Instituts für Länderkunde, Leipzig, und dem Archiv des Deutschen Schifffahrtsmuseums, Bremerhaven. Ein Gesamtüberblick über die an verschiedenen Orten befindliche Überlieferung ist durch die enge Kooperation der im Arbeitskreis Archive der Leibniz-Gemeinschaft zusammengeschlossenen Archive gewährleistet.

Willmann war seit den 1960er Jahren als Luftbildfotograf tätig (Interflug, ISA). Für das ISA fertigte er Luftbilder zum Thema sozialistischer Städtebau an. Aufträge realisierte er zugleich auch für das Autobahnaufsichtsamt der DDR sowie für zahlreiche Industriebetriebe. Ab den 1980er Jahren konnte Willmann seine Tätigkeit nicht mehr ausüben, da infolge strenger Sicherheitsvorschriften die Luftbildfotografie ausschließlich der Nationalen Volksarmee der DDR oblag.

Dennoch ergänzen die nunmehr übergebenen Luftbildfotografien die im IRS vorhandene umfangreiche Sammlung von insgesamt über 100.000 Fotos und Dias. So vor allem die bereits hier befindlichen Bestände an Luftbildern von DDR-Neubaugebieten.

Mecklenburg-Vorpommern: Dem Schaffen des DDR-Architekten Ulrich Müther (21.07.1934 bis 21.08.2007) wurde lange Zeit wenig Beachtung geschenkt. Müther hat sich weltweit als Pionier des Schalenbetonbaus und bedeutender Architekt der DDR in der Technik von Flächentragwerken einen Namen gemacht.⁴ Er realisierte im Laufe seiner Tätigkeit über 40 Betonschalonstruktionen, darunter 1967/68 das Restaurant „Teepott“ in Rostock-Warnemünde, 1972/73 das Restaurant „Ahornblatt“ in Berlin-Mitte (Abriss des unter Denkmalschutz stehenden Objekts nach 1990 aus Renditegründen), zahlreiche Planetarien (1976 - 1980 in Tripolis, 1980 in Wolfsburg, 1986/87 in Berlin/DDR, 1990 in Algier) sowie viele Kirchenbauten (1970/71 in Rostock, 1992 in Hannover) und verschiedene Sportbauten in der DDR, in Polen und Havanna/Kuba. Bemerkenswert ist auch Müthers Autorenschaft für den Bau einer Moschee in Amman 1984.

Der umfangreiche Nachlass (Akten, Pläne, Diapositive, Fotoabzüge, Modelle, Zeitschriften u.a.m.) befindet sich seit 2006 in der Hochschule für angewandte Wissenschaften, Technologie, Wirtschaft und Gestaltung in Wismar. Durch den dort lehrenden Prof. Dr. Matthias Ludwig und zwei weitere Mitarbeiter wird der Nachlass wissenschaftlich betreut und erschlossen. (Weitere Informationen über die Hochschule unter www.hsb.hs-wismar.de.) Eine Besonderheit in der inhaltlichen Struktur des in der Hochschule Wismar befindlichen Nachlasses Müthers ist, dass in diesem auch eine Vielzahl von Dokumenten zur Planungs- und Baukultur in der gesamten DDR überliefert sind, da Müthers Team (hervorgegangen aus einer Produktionsge-

⁴ Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst/Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 5. aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Ch. Links Verlag, Berlin 2011, Bd. 2, S. 926/927.

nossenschaft des Handwerks (PGH) und nach 1972 zum VEB Spezialbau gehörend) nicht an große Entwurfskollektive der Bezirksbauämter angeschlossen war.⁵

Sachsen: Anja Langer stellt in ihrem Beitrag die aktuelle Erwerbung einer umfangreichen Fotosammlung über die Messestadt Leipzig vor.⁶ Die fotografische Sammlung von Eberhard Mai (24.07.1940 – 03.02.2012), einem langjährigen Mitarbeiter der Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft (DEWAG) in Leipzig, ergänzt für den Zeitraum 1998 bis 2008 die verschiedenen fotografischen Überlieferungen zur Stadtgeschichte Leipzigs im dortigen Stadtarchiv. Die Aufnahmen erfolgten zum überwiegenden Teil im Auftrag der Stadtverwaltung Leipzig, vor allem des Stadtplanungsamts, Tiefbauamts und des Amts für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung. Auch private Auftraggeber wie Hochtief Construction AG Leipzig, Strabag und Bilfinger Berger Hochbau GmbH beauftragten Eberhard Mai mit Fotodokumentationen. Territorial wurden sämtliche Stadtteile der Stadt Leipzig in ihren baulichen Veränderungen fotografisch dokumentiert. Insbesondere die verschiedensten Umbau- und Neubaumaßnahmen in der Innenstadt, die Errichtung von Bauten des Fraunhofer Instituts, der Automobilindustrie sowie der Bau von Wettkampfstätten am Sportforum, die Vorbereitung auf die Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 in Leipzig – um nur einige bedeutsame Objekte zu benennen – sind in der Fotosammlung dokumentiert.

Auch die baulichen Veränderungen im Zuge der im Jahre 1999 erfolgten Eingemeindungen im Umland der Stadt Leipzig finden ihre fotografische Widerspiegelung. Erwähnung im Beitrag finden auch die zahlreichen fotografischen Arbeitsbereiche von Eberhard Mai vor 1989 und danach in Presseerzeugnissen, amtlichen Schriften der Stadtverwaltung Leipzig sowie im Bereich des Werbeschrifttums.

Die Autorin verweist darauf, dass persönliche Dokumente oder schriftliche Arbeitsunterlagen von Eberhard Mai nicht mit in das Archiv gelangten. Die gesamte Fotosammlung ist erschlossen und digitalisiert. Sie steht dem Benutzer uneingeschränkt zur Verfügung, da das Stadtarchiv die Nutzungsrechte innehat.

Thüringen: Antje Hauschild berichtet über die endgültige Sicherung archivwürdiger Unterlagen des Chemiefaserkombinats Schwarza und dessen infolge Gesamtvollstreckung 1993 aufgelösten Nachfolgeunternehmens Thüringische Faser AG Schwarza⁷ durch das Thüringische Staatsarchiv Rudolstadt.

⁵ Matthias Ludwig: Müther-Archiv Wismar. In: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Rostock e.V., 18. Jg., H. 2, Dezember 2014, S. 123.

⁶ Anja Langer: Facetten der Stadt Leipzig im Wandel fixiert – Die Fotosammlung Eberhard Mai 1998–2008 im Stadtarchiv Leipzig, Sächsisches Archivblatt 2/2015, Hrsg.: Sächsisches Staatsarchiv, Dresden 2015, S. 1 - 3.

⁷ Antje Hauschild: Unterlagen des VEB Chemiefaserkombinat Schwarza im Staatsarchiv Rudolstadt zusammengeführt. In: Archive in Thüringen. Mitteilungsblatt 2014. Hrsg. im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, S. 15/16.

Seit 1936 erzeugte der Vorgängerbetrieb des Chemiefaserkombinats Schwarza zunächst Zellwolle, später Perlon bzw. Dederon und Viskose sowie verschiedene chemische Grundstoffe für die Textilproduktion, vornehmlich für die Kriegsproduktion. Nach 1945 gehörte das Chemiefaserkombinat zu den Hauptproduzenten von Kunstfasern für industrielle Zwecke und die Konsumgüterproduktion.

Insgesamt ca. 200 lfm Archivgut konnten 1994 vom insolventen Unternehmen Thüringische Faser AG Schwarza übernommen werden. 2013 erfolgte die Zusammenführung mit Teilüberlieferungen des Betriebsarchivs des Chemiefaserkombinats Schwarza, die sich bis zu diesem Zeitpunkt beim Kreisarchiv Saalfeld-Rudolstadt befanden, durch das Thüringische Staatsarchiv Rudolstadt.

Inhaltlich setzt sich die archivalische Überlieferung aus einer Vielfalt von Archivarten zusammen: Akten, Brigadetagebücher, Broschüren, Prospekte, Fotos, Fotoalben, Tonbänder, betriebsgeschichtliches Sammlungsgut u.v.m. Eine besondere archivalische Überlieferung bilden die 110.000 Einzelbilder, von denen bereits 9.284 als Digitalisate der Benutzung im Rahmen des „AUGIAS“-Programms unter der Funktion „Verzeichniseinheit mit Bildern sichten“ zur Verfügung stehen. Insgesamt sind die verschiedensten Bestandteile abschließend oder vorläufig erschlossen, also in jedem Fall benutzbar.

Seit längerer Zeit ist das Thüringische Staatsarchiv Meiningen bemüht, systematisch Nachlässe von Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur, die zu dessen Zuständigkeitsprofil gehören, zu erwerben.⁸ So wurden Teile des Nachlasses des langjährigen Rektors der Technischen Hochschule Ilmenau Prof. Dr. Gerhard Linnemann (1930 - 2001) im Umfang von 1,8 lfm übernommen. Ebenfalls erfolgte 2011 die Übernahme des Nachlasses des Pädagogikwissenschaftlers und Direktor des Instituts für Lehrerbildung Meiningen Prof. Dr. Harty Möller (1929 - 2011). Der Nachlass umfasst 2,4 lfm und ist seit 2014 durch „Augias 8.2“ erschlossen. Seit 2014 steht der Forschung auch die schriftliche Dokumentation aus der Tätigkeit des Veterinärwissenschaftlers Prof. Dr. Hartmut Hoffmann (1936 - 2011) im Umfang von 2,5 lfm wissenschaftlich bearbeitet zur Verfügung. Hoffmann gehörte zu den profiliertesten Veterinärwissenschaftlern der DDR. Stationen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit waren u.a.: Humboldt-Universität zu Berlin, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, Friedrich-Loeffler-Institut, Insel Riems (heute Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit), Institut für Impfstoffe, Dessau, und Staatliches Veterinärmedizinisches Prüfungsinstitut, Berlin. Nach 1991 hatte er eine wissenschaftliche Tätigkeit bei dem weltweit führenden Unternehmen für Tierarzneiherstellung, TAD Pharma GmbH Cuxhaven. Seine dortige Tätigkeit führte ihn in zahlreiche Länder (u.a. Jordanien, Syrien, Türkei, USA). 13 Jahren seines Berufslebens verbrachte Hoffmann, der u.a. zehn Sprachen beherrschte, im Ausland.

⁸ Norbert Moczarski: Übernahme weiterer Professorenachlässe in das Thüringische Staatsarchiv Meiningen. In: Archive in Thüringen. Mitteilungsblatt 2015. Hrsg. im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, S. 29/30.

Als Depositum im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen befindet sich seit 2014 der Nachlass des Astronomen und Meteorologen Prof. Dr. Nikolaus B. Richter (1910 - 1980). Auch diese archivalische Überlieferung im Umfang von nur einem lfm ist benutzbar. Vor allem seine Auslandsreisen nach Südamerika und England zusammen mit dem Direktor der Sternwarte Sonneberg Prof. Dr. Cuno Hoffmeister (1892 - 1968), seine Reise nach Südafrika 1937/38 und die Tätigkeit als Astronavigator während seiner Einberufung zum Wehrdienst im Zweiten Weltkrieg auf den Kriegsschauplätzen in Afrika und in der Ukraine fanden ihren schriftlichen Niederschlag.

Über eine Übergabe von verschiedenen Dokumenten als Schenkung aus dem Vorlass des Kunsthistorikers und ehemaligen Direktors des Leipziger Museums für bildende Künste und des Lindenau-Museums, Altenburg, Dr. Dieter Gleisberg an das Thüringische Staatsarchiv Altenburg informiert Jörg Müller.⁹ Im Einzelnen handelt es sich um etwa 900 Briefe und Postkarten von mehr als 250 Kulturschaffenden, mit denen er langjährig in Verbindung stand. Die Dokumente ergänzen bereits dem Staatsarchiv übergebene Korrespondenzen (u.a. von Fritz Cremer, Wolfgang Mattheuer, Werner Tübke). In großem Umfang ist auch der Schriftwechsel zwischen Dieter Gleisberg und dem Maler Conrad Felixmüller (1897 - 1977) überliefert. Schrittweise wird Gleisberg eigene Manuskripte zu Reden und Vorträgen, persönliche Unterlagen, Fotografien und Belegexemplare seiner wissenschaftlichen Publikationen übergeben.

Das Universitätsarchiv der Bauhaus-Universität Weimar sowie dessen drei im „Archiv der Moderne“ vereinigten Spezialsammlungen – Kunstsammlung, Architektursammlung und Designsammlung – sind Gegenstand des Beitrags von Christiane Wolf, Archiv der Moderne, Bauhaus-Universität Weimar.¹⁰ Einleitend wird die Struktur des 1959 als Verwaltungs- und Endarchiv gegründeten Universitätsarchivs skizziert. Die archivalische Überlieferung umfasst Aktenbestände der 1946 als Staatliche Hochschule für Baukunst und Bildende Künste in Weimar wiederbegründeten Einrichtung (später: Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar) bis in die Gegenwart der Bauhaus-Universität Weimar.¹¹ Die Aktenbestände des Universitätsarchivs werden durch eine Plansammlung studentischer Entwürfe und Abschlussarbeiten sowie eine umfangreiche Fotosammlung zur Hochschulgeschichte ergänzt. Die im Archiv der Moderne bereits 1960 begründete Kunstsammlung umfasst mit dem Altbestand der Vorgängereinrichtungen aus der Zeit vor 1945 nach dem Stand von 2014 ca. 1.150 Werke (ca. 400 Zeichnungen und Grafiken, 120 Gemälde, 125 Plastiken, ca. 40 Münzen bzw. Medaillen, etwa 20 Installationen und

⁹ In: Ebenda, S. 30/31.

¹⁰ Christiane Wolf: Archiv der Moderne – Bauhaus-Universität Weimar. Universitätsarchiv und Sammlung für Architektur, Bauingenieurwesen, Kunst und Design. In: Ebenda, S. 50-52.

¹¹ Die Archivalien der Vorgängereinrichtungen von der Gründung der Großherzoglich Sächsischen Kunstschule 1860 bis 1945 befinden sich fast vollständig im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar. Vgl. Christian Renger/Dieter Speck: Die Archive der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen. Ein Kurzführer, Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1995, S. 106/107.

einzelne Objekte, Möbel und Reproduktionen). In diesem Teilbestand sind auch Lehrer- und Schülerarbeiten unmittelbar nach Wiederbegründung der Hochschule 1946 ff. dokumentiert, als es Bestrebungen gab, die Bauhaus-Idee erneut aufleben zu lassen. Die Architektursammlung (2004 begründet) widerspiegelt die Entwicklung der Architektur der DDR und die Architekturausbildung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen. Ab 1969 war die Hochschule federführend in der Fachausbildung von Stadtplanern. Aus ihr ging eine Vielzahl von Stadt- und Bezirksarchitekten der DDR hervor. Bereits jetzt sind zahlreiche wertvolle Nachlässe und Privatarchive ehemaliger Studenten, des wissenschaftlichen Personals und auch aktuell ausscheidender Professorinnen und Professoren in diesem Sammlungsbe- reich vorhanden. Nach dem Stand von Juni 2015 sind 52 architekturbezogene Sammlungen und Nachlässe wissenschaftlich aufbereitet. Die Designsammlung (ab 2011 dem Archiv der Moderne zugeordnet) besteht zum überwiegenden Teil aus dem Nachlass des Leiters des 1951 gegründeten Instituts für Innengestaltung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Prof. Horst Michel.¹² Es gelang Michel 1951 die Umwandlung seines Lehrstuhls zu einem in der DDR bedeutsamen Forschungs- und Entwicklungsinstitut (Institut für industrielle Formgebung, ab 1953 Institut für Innengestaltung). Die wichtigste Aufgabe dieses Instituts bestand in der qualitativen und formalen Verbesserung von Gebrauchsgütern. Der Kernbestand der Sammlung umfasst 250 Einzelobjekte (Möbel, Keramiken, Glasvasen, Trinkgläser, Porzellane, Spielzeuge u.a.m.). Ergänzt wird die Sammlung durch ca. 15.000 Fotos, Diapositive, Negative sowie 20 lfm Zeichnungen und Webproben zu Stoffentwürfen. Derzeit wird an der Erstinventarisierung der Objekte und der Eingabe in die bestehende Datenbank gearbeitet.

Jeannette Godau stellt das in Kooperation der Thüringischen Staatsarchive mit der Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) Jena laufende Projekt der Digitalisierung und Präsentierung von amtlichen Drucksachen Thüringens aus dem Zeitraum des 18. - 21. Jahrhunderts vor.¹³ Erfasst werden im Einzelnen die folgenden amtlichen Drucksachen: Staatshandbücher, Gesetzessammlungen, Parlamentarische Druckschriften, Amts-, Regierungs-, Nachrichten- und Verordnungsblätter. Die Zielsetzung des Projekts besteht in erster Linie darin, auf einen für die thüringische Geschichte (so auch der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte sowie anderer Bereiche der Geschichtswissenschaft) wichtigen, oft von der Forschung nicht ausreichend beachteten, aber auch nicht überall vollständigen Quellenkorpus aufmerksam zu machen. Detaillierte Angaben zur Zielstellung und Quellengrundlage, zur Internetpräsentation und den Recherchemöglichkeiten sowie zum Stand des Projekts enthält der Beitrag ebenso wie einen perspektivischen Ausblick. Ziel der Be-

¹² Zur Biografie von Horst Michel vgl. Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, a.a.O., S. 881.

¹³ Jeannette Godau: Portal „Thüringen legislativ & exekutiv“ macht thüringische Gesetze, Landtagsverhandlungen und Amtsblätter aus mehr als drei Jahrhunderten online verfügbar. In: Mitteldeutsches Jahrbuch für Kultur und Geschichte. Hrsg. für die Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat von Harro Kieser und Gerlinde Schlenker, Bd. 22, Bonn 2015, S. 297-299.

arbeiter des Projekts ist es, zum 100-jährigen Gründungsjubiläum des Landes Thüringen 2020 eine weitgehend vollständige Präsentation der amtlichen Drucksachen der thüringischen Gebiete zu realisieren, darunter auch der amtlichen Drucksachen des ab 1990 bestehenden Freistaates Thüringen sowie der spezifischen Drucksachen der DDR-Bezirke Erfurt, Gera und Suhl. Nähere Informationen zum Gesamtprojekt unter <http://www.urmel-dl.de/Projekte/LegislativundExekutiv.html>.

Das Portal „Thüringen legislativ & exekutiv“ beinhaltet zudem die Ergebnisse des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts „Themis – Portal der historischen Gesetzessammlungen Thüringens“. Dieses Kooperationsprojekt zwischen der ThULB Jena, den Thüringischen Staatsarchiven Rudolstadt und Weimar sowie weiteren Partnern wurde zwischen 2011 und 2013 realisiert. Einsicht und Recherche sind unter <http://www.urmel-dl.de/Projekte/Themis.html> möglich.

Bund: Kerstin Risse und Kerstin Weller geben in ihrem Beitrag einen detaillierten Überblick über eine im Bundesarchiv Berlin vorhandene Dokumentenüberlieferung aus der Tätigkeit der sowjetischen Besatzungsverwaltung in den Jahren 1945 - 1949.¹⁴ Im Rahmen eines im Oktober 1995 zwischen dem Bundesarchiv und dem Föderalen Archivdienst Russlands vereinbarten Projekts „zum Studium, zur Auswertung und zur Reproduktion der Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ erfolgte die Verfilmung, Digitalisierung und Erschließung von 10.000 Archivalien – ausschließlich aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation [Gosudarstvenny Archiv Rossijsskoj Federacii (GARF)], die seit Februar 2012 Benutzern im Bundesarchiv Berlin zu Recherchen zur Verfügung stehen.

Der Bestand Z 47 F Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 - 1949) ist ein zusammengefasster Bestand (Sammelbestand) einer Überlieferung aus der administrativen Tätigkeit von 18 Behörden und Institutionen der sowjetischen Besatzungsverwaltung in der SBZ/DDR. Den wichtigsten Teil der Überlieferung bildet das Archivgut des zentralen Apparates der SMAD mit ca. 7.400 Akten. Aus den Verwaltungen der SMA in den Ländern stellt sich die Überlieferungslage wie folgt dar: Brandenburg 271 Akten, Mecklenburg-Vorpommern ca. 170 Akten, Sachsen ca. 330 Akten, Sachsen-Anhalt 315 Akten, Thüringen ca. 220 Akten. Weitere Archivalien aus der Tätigkeit der zentralen Organe der SMAD stammen aus folgenden Organisationseinheiten: Grundparteiorganisationen der Verwaltungen und Abteilungen der SMAD und der Leitung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), der Direktion für Eisenbahn- und Wasserverkehr der SMAD, dem Kontor für Handelsunternehmen der SMAD und anderen Sondereinheiten.

¹⁴ Kerstin Risse/Kerstin Weller: Dokumente der sowjetischen Besatzungsmacht im Bundesarchiv. In: Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne. Hrsg. v. Detlev Brunner/Elke Scherstjanoi, Walter de Gruyter GmbH, Berlin u.a. 2015, S. 27-39. (= Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 22. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Red. Bernhard Golto/Thomas Schlemmer.) – Vgl. die Buchbesprechung auf S. 54 ff. dieses Heftes.

Seitens der Autorinnen wird auf einige Besonderheiten der aus verschiedenen Fonds des GARF verfilmten Akten aufmerksam gemacht. So enthält der Fonds R-7317 umfangreiche Personendossiers deutscher politischer, gesellschaftlicher und staatlicher Funktionsträger in der SBZ (R-7317, op. 64; 3.225 Akten) sowie Personalbögen, Einschätzungen, Berichte, Schriftwechsel über Vertreter deutscher Parteien und Organisationen, Ministerien, Ämter und der Wirtschaft (R-7371, op. 65; 41 Akten). Zum Teil wurden die vorgenannten SMAD-Akten durch die spätere Sowjetische Kontrollkommission bis 1953 fortgeführt.

Ausschließlich in russischer Sprache liegen Kopien von Dokumenten des Alliierten Kontrollrats der vier Mächte in Deutschland im Fonds R-10134 vor. Befehle, Anweisungen usw. der SMAD sind, wenn Nummer, Datum und der Aussteller des Befehls dem Nutzer bekannt sind, über die Datenbank des Bundesarchivs nachweisbar. Ferner verweisen die Autorinnen auf relevante veröffentlichte Inventare von Befehlsserien (vgl. Literaturverzeichnis der Publikation).

Im Beitrag wird auch auf Desiderate in der Überlieferung aufmerksam gemacht. So konnten die Akten der einzelnen Militärkommandanturen, so auch die der Sowjetischen Militärkommandantur in der Viermächtestadt Berlin, nicht in die Verfilmung einbezogen werden. Diese befinden sich im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation [Central'nyj Archiv Ministerstva Oboronyj Rossijskoj Federacii (CAMO)]. Auch andere Überlieferungen der Besatzungsverwaltung in der SBZ werden im Außenministerium und im früheren Parteiarchiv der KPdSU, dem heutigen Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte [Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-političeskoj Istorii (RGASPI)] verwahrt. Sie wurden aus verschiedenen Gründen nicht in das Projekt einbezogen.¹⁵

Im gleichen Beitrag widmen sich die Autorinnen einem anderen im Bundesarchiv befindlichen Bestand sowjetischer Archivadokumente. Die unter der Bestandsbezeichnung „DX 4 - Sammlung Sowjetischer Speziallager 1945 -1950“ zusammengefassten Archivalien – Kopien aus dem GARF – sind im Rahmen einer zwischen dem GARF und der Fernuniversität Hagen 1992 erfolgten Vereinbarung über die Zusammenarbeit und einer gemeinsamen wissenschaftlichen Dokumentation zum Thema Sonderlager in der SBZ/DDR ermittelt worden. Im Januar 2009 und November 2011 übernahm das Bundesarchiv Berlin vom Institut für Geschichte und Biographie „Deutsches Gedächtnis“¹⁶ die Dokumentenkopien in Papier und als Mikrofilm. Die Kopien liegen nur in russischer Sprache vor. Die Überlieferung ist in zwei Komplexe unterteilt: Projektunterlagen des Forschungsprojekts und Dokumente aus dem GARF. Der erste Komplex enthält die Unterlagen des gemeinsamen

¹⁵ Vgl. hierzu den aus russischer Sicht sehr gut ergänzenden Beitrag von Oxana Kosenko: SMAD-Dokumente. Probleme der Archivierung und der Verteilung in den Archiven der UdSSR und der Russischen Föderation. In: Ebenda, S. 17-26.

¹⁶ Vgl. Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten. Hrsg. Ulrich Mählert, 1. Aufl., Links-Verlag, Berlin 2002, S. 130 (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft).

Kooperationsprojekts der Fernuniversität Hagen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Thema „Sowjetische Speziallager in der SBZ/DDR 1945 bis 1950“. Im zweiten Komplex befinden sich aus verschiedenen Beständen des GARF (v.a. des Fonds 9409) Materialien zur Verwaltung der Speziallager des Ministeriums des Innern der UdSSR [MWD SSR] in Deutschland. Im Einzelnen werden detaillierte Angaben zur Überlieferung, zum Inhalt und zu den Recherchemöglichkeiten gemacht.

Außerordentlich wichtig sind für jeden potentiellen Nutzer der im Beitrag aufgeführten archivalischen Überlieferung die Hinweise auf die ergänzende Überlieferung von Dokumenten der Deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ mit Bezug auf die SMAD. Auch in den Ministerialbeständen der DDR, die in nicht wenigen Fällen Teile der Überlieferung der Vorgängerverwaltungen enthalten, finden sich Akten über die Zusammenarbeit mit der SMAD (z.B. Umsetzung der SMAD-Befehle, Schriftwechsel mit der SMAD, Beratungsprotokolle zwischen SMAD und Vertretern der deutschen Verwaltungsorgane). Gleiche Feststellungen treffen die Autorinnen für die Bestände in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv [(SAPMO (BArch))]. Sowohl in den Beständen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DY 30) und den Nachlässen führender Partei- und Staatsfunktionäre lassen sich die verschiedensten Arbeitsbeziehungen mit den Organen der SMAD feststellen.

In äußerst nutzerfreundlichen Darlegungen zeigen Kerstin Risse und Kerstin Weller Grenzen und Möglichkeiten der im Bundesarchiv verwahrten Dokumente sowjetischer Provenienz für die Forschung auf.

Anne Barnert widmet sich in einem Beitrag der renommierten Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) dem im Bundesarchiv - Filmarchiv Berlin überlieferten Filmbestand „Staatliche Filmdokumentation“ der DDR.¹⁷ Fernab von jeglicher medialer Effekt- und Sensationshascherei, die mit der Präsentation eines äußerst kleinen Teils von Filmen aus dieser Überlieferung im Programm des ARD-Fernsehens 2014 verbunden war,¹⁸ behandelt die Autorin detailliert Entstehung, Bestands- und Überlieferungssituation sowie Quellenwert des Bestandes. Zugleich weist sie auf einzelne Beispiele aus den verschiedenen Genres der Filmdokumentation hin, ohne an dieser Stelle Vollständigkeit anzustreben. Auf der Grundlage intensiver Quellenrecherchen im Bundesarchiv, Abt. DDR (Bestand DR 1 - Ministerium für Kultur, DER 140 - Staatliches Filmarchiv der DDR), der SAPMO im Bundesarchiv Berlin (Bestand DY 30 - Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), in der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, Potsdam, (Pressedokumentation) sowie anderer archivalischer Gegenüberlieferungen und von Zeitzeugengesprächen wurden Detailforschungen seit 2012/13 im Rahmen eines Kooperationsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte, Berlin, dem Bundesarchiv - Filmarchiv und der Stiftung Aufarbei-

¹⁷ Anne Barnert: Personen, Großstadt, blinde Flecken. Der Bestand „Staatliche Filmdokumentation“ der DDR. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 63. Jg., 1/2015, S. 93-107.

¹⁸ Die als Teil der Dokumentation „Staatsorgane“ mit dem Titel „Das Haus“ (1984) und „Volkspolizei“ (1983) des Regisseurs Thomas Heise im ARD-Fernsehen gezeigten Ausschnitte aus der Behördendokumentation sind seit 2011 auf DVD erhältlich.

tung, Berlin, realisiert. Bereits im November 2013 erfolgte im Rahmen eines Forschungskolloquiums des Instituts für Zeitgeschichte die Vorstellung der Ergebnisse.¹⁹

Von der Gründung der Arbeitsgruppe „Staatliche Filmdokumentation“ der DDR (SFD) 1970 am Staatlichen Filmarchiv der DDR bis zu ihrer Auflösung Ende 1986 produzierte die Arbeitsgruppe insgesamt ca. 300 nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Filme. Aufgabe der SFD war es, im Auftrag des Ministeriums für Kultur der DDR späteren Generationen audiovisuelle Quellen zu spezifischen Entwicklungsproblemen in der DDR in voller Offenheit bereitzustellen. Gewissermaßen sollte für die Zukunft eine Quellenbasis zu Staat und Gesellschaft der DDR geschaffen werden, die ein sehr vielfältiges Bild, auch über interne Probleme, vermitteln sollte.

Inhaltlich entstanden folgende Arten von Dokumentationen im 16-mm-Format, überwiegend schwarz-weiß: 1. Sachdokumentationen; 2. Dokumentationen von Persönlichkeiten; 3. Dokumentationen sozialer Milieus; 4. Dokumentationen zu Themen, die zur Gruppe von Filmen mit „zeitbedingter Vertraulichkeit“ gehörten. Die überlieferten Filme sind im Bundesarchiv – Filmarchiv, Berlin, erschlossen. Demnächst können neben der Findbuch-Recherche und ergänzenden filmografischen Veröffentlichungen auch Recherchen in der Online-Datenbank des Bundesarchivs – Filmarchiv realisiert werden.²⁰

Die Verfasserin des Beitrags geht im Einzelnen auf die unterschiedlichen Konzeptionen im Zeitraum von 1970 - 1986 in der inhaltlichen Ausrichtung der Tätigkeit der Arbeitsgruppe ein. Aufgrund der Tatsache, dass insgesamt etwa 160 Personendokumentationen zu dem ca. 300 Filme umfassenden Gesamtbestandes gehören, werden im Aufsatz sehr detailliert die vorhandenen Personendokumentationen beschrieben (Jahr der Aufnahme der Personendokumentation, Name und Vorname der porträtierten Person, Funktion zur Zeit der Entstehung der Dokumentation). Von Ersten Sekretären der Bezirksleitungen, die zugleich auch Mitglieder des ZK der SED waren, liegen folgende Personenporträts vor: Horst Schumann (1971), Hans Jendretzky (1973), Karl Mewis (1973, 1976/77 sowie zwei Filme aus den Jahren 1951/52); ferner von Hilde Benjamin (1972-1974, 1976), Alfred Kurella (1973), Max Burghardt (1974), Erich Wirth (1974), Otto Gotsche (1974, 1975), Elli Schmidt (1975), Paul Wandel (1979/80).

Analog der Personenporträts von führenden Mitgliedern der SED sollten auch Personenporträts der Vorsitzenden von CDU, LDPD, NDPD, DBD sowie der Massenorganisationen FDGB, FDJ, DSF und Kulturbund realisiert werden. Mit Ausnahme von Porträtfilmen über die Vorsitzenden der LDPD, Manfred Gerlach (1973 - 1975), und des DBD, Ernst Goldenbaum (1972/73), sowie der Vorsitzenden des DFD, Elli Schmidt (1975), liegen zu den Vorsitzenden hier nicht aufgeführter Parteien und Massenorganisationen keine Porträtdokumentationen vor. Porträtdoku-

¹⁹ Der Tagungsband erschien unter dem Titel: Filme für die Zukunft. Die Staatliche Filmdokumentation am Filmarchiv der DDR. Hrsg. v. Anne Barnert, Neofelis Verlag GmbH, Berlin 2015.

²⁰ Recherche unter <http://www.bundesarchiv.de/benutzungsmedien/filme>.

mentationen allgemeiner Art über einzelne Funktionäre aus diesen Parteien und Massenorganisationen sind jedoch nachweisbar.

Im Folgenden beschreibt die Verfasserin einzelne Personenporträts zu Vertretern aus Wissenschaft und Kunst (so u.a. aus den Bereichen Natur-, Geistes- und Rechtswissenschaften, Tanz und Theater, Film, Schriftsteller, Architektur, Musik, Puppenspieler-Bühnen). Zu den Repräsentanten der vorgenannten Bereiche sind oft mehrteilige und inhaltlich sehr aussagekräftige Personendokumentationen vorhanden. Oftmals bieten diese auch biografische Rückblicke auf den Zeitabschnitt der Weimarer Republik und der NS-Diktatur. Im Detail geht die Autorin auf Fragen der ästhetischen Gestaltung der produzierten Filme ein. Ferner hebt sie hervor, dass sowohl der Frauenanteil (von 148 Gesprächspartnern waren nur 24 Frauen) als auch der Anteil ausländischer Gesprächspartner in der Reihe der Personendokumentationen (von 148 Gesprächspartnern waren nur 17 Ausländer) verhältnismäßig gering war.

Die von der Staatlichen Filmdokumentation produzierten Sachdokumentationen umfassen neben den Personendokumentationen ca. die Hälfte des Filmbestandes. Die Verfasserin hebt hier besonders die thematisch in sich geschlossene und quantitativ umfangreichste Dokumentation, die Berlin-Dokumentation unter der Bezeichnung „Berlin – Totale“ mit 59 Filmen aus den Jahren 1978-1980 hervor. Im Einzelnen werden die thematischen Akzente der überlieferten Filme, mit Anzahl und Zeitpunkt des Entstehens dieser umfassendsten Sachdokumentation über die Hauptstadt der DDR, Berlin, beschrieben.

Sachdokumentationen liegen auch zu anderen Themenkomplexen, so den Bereichen „Landwirtschaft“ und „Industrie und Produktion“ (beide jeweils 1973-1975, ca. 10 Filme), vor. Zum Teil wurden diese Themenkreise in den 1980er Jahren inhaltlich in der Präsentation ihrer gesellschaftlichen Wechselbeziehungen (z.B. beim Bereich „Landwirtschaft“ der Stadt- und Landbeziehungen) kurzzeitig wieder aufgenommen, aber nicht kontinuierlich fortgeführt.

Andere zu Beginn der 1970er Jahre entstandene Sachdokumentationen umfassen Themen wie Spanischer Bürgerkrieg (1971-1976, ca. 10 Filme), Konzentrationslager (1971-1977, ca. 13 Filme), Zweiten Weltkrieg und sowjetische Kriegsgefangenschaft (1971-1976, 10 Filme), Vorstudienanstalten bzw. Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF) (1971-1976, 10 Filme).

Zusammen mit den schriftlichen archivalischen Quellen in den staatlichen Archiven, den Archiven aus den Bereichen Wissenschaft, Technik und Kunst sowie den in Stiftungen eingebrachten Überlieferungen von Parteien und Massenorganisationen der DDR liegen im Bundesarchiv – Filmarchiv bedeutende audiovisuelle Quellen zur Geschichte der DDR zur Nutzung vor.

Kurt Metschies

Tagungen und Konferenzen

51. Linzer Konferenz der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) zum Thema „Work and Non-Work“

Die diesjährige ITH-Konferenz vom 17. bis 19. September 2015 fand erstmals – aufgrund von Renovierungsarbeiten im Jägermayrhof – nicht in Linz, sondern in Berlin statt. Tagungsort waren die Räumlichkeiten des Wissenschaftszentrums Berlin am Reichpietschufer. Damit verbunden waren auch weitere Neuerungen. Anders als in den Vorjahren fand keine Simultanübersetzung statt, die Tagungssprache war ausschließlich Englisch. Vor allem aber war das an der Humboldt-Universität angesiedelte Internationale Geisteswissenschaftliche Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“, kurz re:work, in die inhaltliche Konzeptionierung eingebunden.

Im Anschluss an die zwei Tagungen der letzten Jahre wurde erneut das Thema Arbeit in den Fokus gerückt. Nach Hausarbeit und Zwangsarbeit war nun Nichtarbeit der übergreifende Aspekt. Dabei ging es insbesondere um das Verhältnis von Arbeit und Nichtarbeit, um die vielfältigen Grauzonen zwischen beiden und, damit eng zusammenhängend, die Frage nach ihrer Definition bzw. der sich wandelnden Abgrenzung dieser Sphären voneinander. Es liegt auf der Hand, dass solche Setzungen immer auch vor ihrem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund gesehen werden müssen. Dementsprechend nahmen diese Fragen breiten Raum in den Präsentationen und Diskussionen ein.

Schon im Einführungsvortrag von Ilse Lenz (Bochum) wurde auf die globalen Unterschiede dezidiert hingewiesen und festgestellt, dass es keinen Trend zu einheitlicher Lohnarbeit gebe. Ebenso wenig, wie man von „dem“ Kapitalismus sprechen könne. Sinnvoller sei es, den Kapitalismus als multipolar und damit regional unterschiedlich ausgeprägt zu verstehen. Das öffnet Raum für die Einbeziehung vielfältiger kultureller, ethnischer und regulatorischer Ausformungen von Arbeit.

Jürgen Kocka (Berlin) wies am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit von 1840 bis 1870 nach, dass in dieser Formierungsphase ganz unterschiedliche Interpretationen von Arbeit miteinander konkurrierten: Arbeit als Last, Selbstverwirklichung oder Broterwerb. Dieser Diskurs war keineswegs ein rein akademischer, sondern hatte auch politische Implikationen – insbesondere in Bezug auf die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen angesprochen werden sollten: nur die Lohnarbeiter oder auch andere wie selbstständige Handwerker oder „Kopfarbeiter“.

Für tschechische Kindermädchen zeigte Adela Souralova (Brno, Tschechien) in ihrer an aktuellen Entwicklungen orientierten Fallstudie auf, dass bei dieser stark

emotional geprägten und außerordentlich schlecht bezahlten Arbeit die Frage des Lohns in den Hintergrund treten kann. Damit einher geht die Tatsache, dass die Kindermädchen ihre Tätigkeit oft weniger als Arbeit verstehen – zumindest mit Blick auf die betreuten Kinder. Denn diese Beziehung wird klar getrennt von jener zu den Eltern, die in der Regel weitaus nüchterner betrachtet wird. In Alissa Klots (New Brunswick, USA) Beitrag zur Rolle der weiblichen Hausangestellten in der frühen Sowjetunion wurde umgekehrt die Perspektive des Staats und der Gewerkschaftsführungen untersucht: Mit welchen organisatorischen und ideologischen Mitteln haben diese die Hausangestellten in die Arbeiterklasse integrieren wollen? Lea Renard und Theresa Wobbe (beide Potsdam) behandelten die Erfassung von Familienarbeit in offiziellen Beschäftigungsstatistiken. Dabei zeigte sich, dass das Verständnis von (meist unbezahlter) Familienarbeit wechselnden Kategorisierungen unterworfen war, teilweise auch überhaupt nicht als Arbeit im engeren Sinn gewertet wurde und dementsprechend in den Statistiken nicht auftauchte.

Eine weitere unscharfe Trennlinie zwischen Arbeit und Nichtarbeit besteht in der Sexarbeit, wie Stefano Petrungaro (Regensburg) für das Jugoslawien der Zwischenkriegszeit nachwies. Die Behörden taten sich schwer, diesen Bereich zu erfassen und einer staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Letztlich war die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben oft von Willkür geprägt und offen für Interpretationen durch die handelnden Akteure. In Bezug auf die arbeitsrechtliche Disziplinierung von österreichischen Beamten zeigte Therese Garstenauer (Wien, Österreich), gestützt auf einschlägige Akten und Ego-Dokumente, dass die weitverbreiteten Klischees über deren Faulheit einer empirischen Überprüfung nur sehr bedingt standhalten. Vielmehr waren es die verwaltungsspezifischen Arbeitsabläufe und das privilegierte Dienstverhältnis, die solchen Außenwahrnehmungen Vorschub leisteten. Ivan Rajkovic (London, GB) untersuchte das Verhalten von Arbeitern des serbischen Autoproduzenten Zastava in den 1990er und 2000er Jahren. Dabei machte er auf den Wandel in der Selbstwahrnehmung aufmerksam, der mit dem massiven Verfall von Produktion und Produktivität in diesen Krisenjahren einherging. Letztlich handelte es sich bei ihrer Tätigkeit eher um simulierte Arbeit, die lediglich durch massive staatliche Subventionen möglich gemacht und die kaum noch als sinnstiftend verstanden wurde. Viele Beiträge zeigten deutlich, wie wichtig im Verhältnis von Arbeit und Nichtarbeit das staatliche Handeln und die damit verbundenen Wertungen sind.

Ein ganzes Panel war dem Thema gewidmet, wie Sinti und Roma Arbeit begreifen und wie sie – auch hier ist die Rolle des Staates zentral – zu einer „richtigen“ Arbeitseinstellung erzogen werden. Die Vorträge waren allesamt eher sozialwissenschaftlich und auf aktuellere Verhältnisse ausgerichtet. Elisabeth Tauber (Bolzano, Italien) diskutierte die distanzierte Haltung von Sinti zur westlichen Arbeitsethik ebenso wie die Arbeitsteilung in den Familien. Interessant dabei war, dass die unterschiedlichen Geschlechterrollen – Frauen betteln, während Männer mit Schrott handeln – keineswegs mit einer Hierarchisierung einhergehen. Dass auch Betteln

als Arbeit verstanden werden kann, unterstrich Catalina Tesar (Bukarest, Rumänien) in ihrem Vortrag. Während die Mehrheitsgesellschaft Betteln als Bitte um Wohltätigkeit versteht, stellt es für die Cortorari, eine besonders traditionelle Gruppe der Roma, eine Arbeit dar. Diese Arbeit erfordert zudem spezifisches Fachwissen, so etwa bezüglich der richtigen Kommunikation mit Spendern, der Kleidung und Ortswahl. Jan Grill (Manchester, GB) thematisierte Aktivierungsprogramme des slowakischen Staats, mit denen primär Roma zu einer „richtigen“ Arbeitseinstellung und Verantwortungsbewusstsein erzogen werden sollen. Während die Haltung der Behörden zwischen Nachsicht und rassistischen Vorbehalten changiert, entwickeln die Betroffenen eine ganze Reihe von Gegenstrategien. Damit gelingt es ihnen oft, einerseits die Vorgaben der Programme pro forma zu erfüllen und andererseits den dafür notwendigen Aufwand gering zu halten.

Insgesamt hätte man sich gewünscht, dass solche und weitere Praktiken des Widerstands gegen vorherrschende Arbeitsregimes im Rahmen der Konferenz stärker behandelt worden wären. Denn wenn – wie mehrfach in den Beiträgen betont wurde – die Rolle des Staates und der gesellschaftliche Kontext ganz zentral für das Thema Arbeit und Nichtarbeit sind, liegt es eigentlich nahe, auch nach politischen Interventionen zu fragen. Dieser Aspekt wäre in einem sehr weitgefassten Sinn zu behandeln: von Formen des „Eigensinns“ (Alf Lüdtke) bis hin zu sozialen Bewegungen und der Rolle von Gewerkschaften. Gerade letztere blieben auffallend unterbelichtet, obwohl ihre Bedeutung in Regulation und Definition von Arbeit, Nichtarbeit und deren Grauzonen unbestreitbar ist.

Eine Mitgliederversammlung – bislang stets der Konferenz vorgeschaltet – hat es diesmal nicht gegeben. Die 52. Tagung der ITH wird vom 15. bis 18. September 2016 im Museum Arbeiterwelt in Steyr (Österreich) stattfinden.

Axel Weipert

46. Tagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) in Edinburgh, 16. – 19. September 2015

Die 46. Konferenz der „International Association of Labour History Institutions“ (IALHI) fand vom 16. bis 19. September 2015 in der National Library of Scotland in Edinburgh zum Thema „Global Connections in Labour History: Collecting and Discovering Migrant Workers’ Heritage“ statt. In der Hauptversammlung wurde neben den üblichen statutarischen Punkten über den Fortgang des Europeana Projekts informiert. Zusätzlich wurde ein Papier mit dem Titel „Shaping der future of IALHI“ diskutiert, das die Perspektiven der Organisation umreißt und insbesondere auf eine Stärkung des globalen Südens in Mitgliedschaft und Verbandsaktivitäten sowie eine verstärktes Engagement bei der Entwicklung digitaler Infrastrukturen abzielt.

Im thematischen Teil der Konferenz wurden verschiedene Institutionen, Quellenbestände und Projekte präsentiert. Im Folgenden kann nur ein Teil der Referate resümiert werden: Lynette Cawthra stellte die Working Class Movement Library in Salford vor. Die in den 1950er Jahren vom Ehepaar Ruth und Eddy Frow gegründete Institution ist heute ein Betrieb mit 50 Freiwilligen und wenigen Angestellten. Cawthra präsentierte besonders das Projekt „Voting for change: 150 years of radical movements 1819-1969“ in Zusammenarbeit mit dem People’s History Museum in Manchester. Das Projekt, das Lücken in den Sammlungen beider Institutionen schließen soll, hat eine Laufzeit von 5 Jahren und startete im Herbst 2014. Zur Verfügung stehen 95.000 £ vom Heritage Lottery Fund. Als Quellenbeispiel stellte Cawthra die Buchhaltungsunterlagen eines Tory-Kandidaten vom Wahlkampf von 1835 vor, die minutiös die Auslagen für Alkohol, Tabak und die Fahrdienste auflisten, die der Kandidat aufwenden musste, um potenzielle Wähler bei Laune zu halten und an die Urnen zu karren.

Fiona Bourne von den Royal College of Nursing Archives stellte ein großes Oral-History-Projekt vor, das seit den 1980er Jahren läuft. Mittlerweile wurden mit über 600 Krankenschwestern Interviews geführt, von denen inzwischen 1.100 Stunden digitalisiert und online zugänglich sind. Eine erste Auswertung mit Fokus auf dem Zweiten Weltkrieg ist 2015 in Buchform erschienen.

Pat Kelly von der Scottish Labour History Society referierte seine Forschungsergebnisse zum Einfluss schottischer Gewerkschaftsführer in Kanada, den USA, Australien und Neuseeland. In einer ersten Emigrationsphase in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spielten Schotten eine herausragende Rolle in der amerikanischen Bergarbeitergewerkschaft. In den 1930er Jahren verließen dann aufgrund des Zusammenbruchs ganzer Industriezweige rund 400.000 Schotten ihre Heimat. Manche von ihnen spielten eine wichtige Rolle in den Gewerkschaften ihrer Zuwanderungsländer. In einer dritten Emigrationsphase nach dem Zweiten Weltkrieg wanderten Schotten dann vor allem nach Australien und Neuseeland aus.

Tony Moore von der Monash University in Melbourne berichtete von seinem Projekt zu den etwa 3.600 politischen Gefangenen, die im späten 18. und frühen 19.

Jahrhundert von Großbritannien nach Australien deportiert wurden. Moore geht ihren Spuren und ihren Einflüssen auf das öffentliche und politische Leben in Australien nach. 2010 publizierte er dazu das Buch „Death or Liberty“. Nun ist in Zusammenarbeit mit dem australischen Fernsehproduzenten Roar Film eine zweiteilige Doku-Fiction entstanden, die auf packende Weise Reenactement, historische Zeugnisse und Interviewpassagen miteinander kombiniert. Geplant ist auch eine interaktive multimediale Internetseite für die Öffentlichkeit mit Kontextinformationen, Ton- und Bildarchivalien sowie virtuellem Zugang zu den Schauplätzen.

Leon Lucassen, Forschungsdirektor des IISG, setzte in seinem Keynote-Referat einen Gegenpunkt zu weitverbreiteten Stereotypen über Arbeitsmigranten und forderte ein Aufbrechen der gängigen Opferkategorien. Zu diesem Schluss kommt er dank einem innovativen Forschungsvorgang: Mit Hilfe der zweiten Einwanderungsgeneration hat sein Team Fotos und Tonaufnahmen der ersten Nachkriegsmigrationsgeneration gesammelt. Vor allem die Fotos zeigen tatsächlich ein ganz anderes Bild: stolze Arbeiter posieren in Werkhallen vor ihren Produkten, Ehepaare in adretter Kleidung erscheinen zumindest äußerlich voll integriert in die westliche Hochkonjunkturgesellschaft. Die gezeigten Beispiele sind allerdings hochgradig inszeniert und es ist nicht sicher, ob Lucassen hier nicht den Fehler macht, Fotografie für ein Abbild der Realität zu halten. Das kritische Bewusstsein für Defizite im Migrantendasein kommt in der Fotografie in der Regel erst durch den Blick von außen.

Cheryl Beredo vom Kheel Center der Cornell University diskutierte Methoden, mit denen Material von oder über ArbeitsmigrantInnen dokumentiert werden kann. Unter anderem stellte sie den Ansatz des „macro appraisal“ vor, der bei der Bewertung weniger auf den Inhalt als auf Quellenproduzenten, Funktion und Umstände der Entstehung von Dokumenten achtet. Im Weiteren diskutierte sie auch den Ansatz des „post custodial collecting“, bei dem die Archivalien nach ihrer Erschließung bei den Aktenbildnern verbleiben.

Louisa Zanoun stellte aktuelle Vermittlungsprojekte der Organisation Génériques vor, die sich seit 1987 der Dokumentation der Immigration nach Frankreich und Europa widmet. 2013 lancierte Génériques ein Projekt mit 30 Videointerviews, in denen Migranten Auskunft über ihre politischen Aktivitäten und ihren Einsatz für die Gleichberechtigung von Migranten in Frankreich gaben. Ausschnitte dieser Interviews können online konsultiert werden. Génériques arbeitet für seine Online Ausstellungen mit dem Google Cultural Institute zusammen.

Christian Koller und Stefan Länzlinger vom Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich präsentierten verschiedene Quellengattungen zur Immigration in die Schweiz. Koller stellte Spuren von Migranten in Streikakten vor und plädierte dafür, auch traditionelle Quellengattungen der „Labour History“ auf das Migrationsthema hin neu durchzugehen. Länzlinger präsentierte den Film „Una condizione umana“, der aus dem Archiv des Aargauischen Gewerkschaftsbundes stammt und offenbar Mitte der 1960er Jahre von einem Trio italienischer Arbeiter produziert wurde. Der Film ist als ganz frühes filmisches Zeugnis, das von Migranten in der Schweiz selber

gemacht wurde, einzigartig. Er schildert einen Sonntag im Leben eines jungen toskanischen Immigranten in Luzern: Er verbringt ihn scheinbar ziellos durch die Straßen schlendernd, vorbei an den touristischen Schönheiten, und versucht erfolglos, in Kontakt mit Einheimischen zu kommen. Länzlingers Präsentation formulierte eine Art Gegenthese zu Lucassens Referat: Der Migrant in diesem Film ist genau der Habenicht, dem es, entwurzelt und fern seiner Heimat, nicht gelingt, Kontakte zu knüpfen, weder zu Einheimischen, noch zu Frauen, noch zu Landsleuten.

Insgesamt brachten die Referate die vielfältigen Herausforderungen der „Global Labour History“ an Forschung, Archive und Vermittlung gut zum Ausdruck. Bedauerlicherweise kollidierte die gehaltvolle Konferenz terminlich mit zwei thematisch sehr ähnlich gelagerten Anlässen, der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) sowie dem ersten Internationalen Willi-Münzenberg-Kongress. Eine bessere Terminkoordination bleibt für die Zukunft zu hoffen.

Christian Koller / Stefan Länzlinger¹

„Die DDR zweimal gelebt“

Kolloquium der „Hellen Panke“ in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

In Memoriam Wilfriede Otto (1933-2015)

Günter Benser sprach einleitend über das gemeinsame Studium an der Leipziger Universität. Wilfriede Otto begann dieses Studium im Jahre 1952, ein Jahr nach Benser. Beide begegneten sich bei Lehrveranstaltungen von Ernst Engelberg und Walter Markov, bei der Entrümmerung in Leipzig, bei Ernteeinsätzen in den LPG und bei Veranstaltungen der Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Benser hob die Arbeit von Wilfriede Otto an der Seite von Walter Bartel hervor, bei dem sie von Januar bis August 1955 als Hilfsassistentin und von da an bis zu seinem Weggang im September 1957 als Assistentin tätig war. 1964 promovierte sie zum Thema: „Zur politischen Funktion des Geschichtsunterrichts an den westdeutschen Schulen in der Periode des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus und der Remilitarisierung des Bonner Staates.“ Anschließend arbeitete sie bis 1991 am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) in Berlin, dem späteren Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA). Benser, der sie hier als Kollegin erlebte, ging auf ihre fundierte Zuarbeit für die Chronik der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Teil III) ein. Er würdigte ferner ihre Initiativen zur Rehabilitierung der Opfer des

¹ Zu den Autoren: Prof. Dr. Christian Koller ist Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs Zürich, lic. phil. Stefan Länzlinger leitet das dortige Bild- und Tonarchiv.

Stalinismus im Herbst 1989 und hob ihre Rolle im Prozess der Rehabilitierungen innerhalb der PDS hervor.

Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau hatte vor allem in dem Jahrzehnt, da sie Landesvorsitzende der PDS in Berlin war, enge Kontakte zu Wilfriede. Sie schilderte eine Episode dieses Zusammenwirkens, in der es um die Auseinandersetzung mit Geschichtslügen der SED ging.

Florian Weiß, Stefan Bollinger und Wladislaw Hedeler befassten sich mit dem Wirken Wilfriede Ottos in der Luxemburg-Stiftung sowie der „Hellen Panke“ und ihre Auseinandersetzung mit der Zwangsarbeit in Workuta.

Thomas Klein schilderte in bewegten Worten, wie es zu einem Zusammenwirken zwischen ihm, dem Bürgerrechtler, und der ehemaligen Partei-Historikerin Wilfriede Otto kam. Er zollte seinen Respekt vor der Forschungsleistung von Wilfriede und ihrer Entschlossenheit, sich der kritischen Aufarbeitung der Geschichte der SED zu stellen.

Helmut Müller-Enbergs sprach über die Mitarbeit von Wilfriede in dem wissenschaftlichen Beratungsgremium der Stasi-Unterlagenbehörde. Er würdigte die Mielke-Biografie als ihre bedeutendste wissenschaftliche Leistung und bewertete die unvollendet gebliebene Zaisser-Biografie. Enbergs ging davon aus, dass die vorliegende Substanz von 600-700 Seiten für eine posthume Veröffentlichung ausreicht.

Die Moderatorin Elke Scherstjanoi zählte in ihren Schlussbemerkungen die Dokumentation über den 17. Juni 1953 zu den bemerkenswerten Arbeiten von Wilfriede Otto.

Siegfried Prokop

Außerordentliche Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 29. November 2015

Diese Sitzung war einberufen worden, um dem Stiftungserlass Genüge zu tun. Dieser sieht vor, dass die Berufung des Direktors oder der Direktorin der Stiftung im Benehmen mit dem Kuratorium zu erfolgen hat.¹ Da die Berufung eines Nachfolgers des in den Ruhestand verabschiedeten Vorsitzenden des Kuratoriums, Ministerialdirigent Dr. Michael Royk, zwar vorbereitet, aber noch nicht definitiv erfolgt ist, leitete die stellv. Vorsitzende, Ministerialrätin Dr. Susanne Olbertz, diese Zusammenkunft. Einziger Tagesordnungspunkt war die Vorstellung der nach einer Bundesarchiv internen Ausschreibung designierten SAPMO-Direktorin Dr. Simone Walther-von Jena.

Den Anwesenden lag eine Skizze des beruflichen Werdegangs der Kandidatin vor. Bundesarchivpräsident Dr. Michael Hollmann würdigte ihre Verdienste, hob

¹ Siehe hierzu auch den Bericht über die 25. Sitzung des Kuratoriums in: MFK, Nr. 48.

das große Spektrum ihrer im Archivwesen gesammelten Erfahrungen hervor und begründete so die aus drei Bewerbern getroffene Auswahl. Dr. Walther-von Jena ergänzte ihre schriftliche Vorlage vor allem mit Verweisen auf inhaltliche Ergebnisse ihres Wirkens. Sie legte dar, dass sie nach ihrer Ausbildung zum Diplomarchivar und der Promotion zum Dr. phil. an der Berliner Humboldt-Universität in vielen Bereichen und in unterschiedlichen Funktionen des Archivwesens nicht nur Wissen und Erfahrungen als Archivarin, sondern auch in der Wahrnehmung verantwortlicher Leitungsfunktionen sammeln konnte. Zu ihren Tätigkeitsfeldern gehörten anfangs das Zentrale Parteiarchiv der SED, wo sie zuletzt den Bereich Erschließung leitete, worauf sie in diesem Gebiet auch in der SAPMO (BArch) tätig war: Sie leitete das Referat DDR 2 und kommissarisch die Abteilung Reich im Bundesarchiv. Ihre Leistungen fanden Anerkennung, im Januar 2005 wurde sie zur Archivdirektorin ernannt.

In der Aussprache wurde unter anderem nach den Vorstellungen zur Digitalisierungsstrategie² und nach den Erfahrungen bei der Leitung größerer Gruppen von Mitarbeitern gefragt. Teilnehmer der Sitzung gaben der Erwartung Ausdruck, dass die gemeinsame Vortragsreihe von SAPMO (BArch), Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und unserem Förderkreis wie auch die gerade für die Stiftung typische Zusammenarbeit und Verzahnung von Archiv und Bibliothek ihren Fortgang finden. Alle Anwesenden bekundeten, dass mit Frau Dr. Walther-von Jena eine gute Wahl getroffen wurde, und dass sie mit einem weiteren fruchtbaren Zusammenwirken von Direktion der Stiftung und Kuratorium rechnen.

Günter Benser

² Wie aus früheren Berichten zu entnehmen ist, wurde lange Zeit die Mikroverfilmung als die geeignetste und zuverlässigste Langzeitsicherung der Bestände angesehen. Nach Auffassung des Bundesarchivpräsidenten trifft das nicht mehr zu, weil die Verfilmung zu teuer sei, keine Lesegeräte mehr produziert würden und zunehmend wichtige Überlieferungen überhaupt nur in digitalisierter Form existieren.

Neues aus der Forschung

Promotionsprojekt:

Jüdische KZ- und „Schutzhäftlinge“ in Berlin und Brandenburg 1933/34

Von Günter Gaus nach einem prägenden Vorkommnis für ihre Hinwendung zum Politischen befragt, antwortete Hannah Arendt 1964: „Ich könnte den 27. Februar 1933, den Reichstagsbrand und die darauf in derselben Nacht erfolgten illegalen Verhaftungen, nennen. Die sogenannten Schutzhaften. Sie wissen, die Leute kamen in Gestapo-Keller oder in Konzentrationslager. Was dann losging, war ungeheuerlich und ist heute oft von den späteren Dingen überblendet worden.“¹ Von diesen Haftstätten und frühen Konzentrationslagern gab es 1933/34 allein in Berlin und Brandenburg mehrere Dutzend, in denen tatsächliche oder vermeintliche Regimegegner festgehalten, misshandelt und teilweise ermordet wurden. Die wichtigsten sind in der Provinz Brandenburg die Konzentrationslager Oranienburg, Sonnenburg und Brandenburg, in Berlin das Columbia-Haus der Gestapo und das SA-Gefängnis in der General-Pape-Straße.

Arendt selbst wurde kurze Zeit später in politische Haft genommen, weil sie im Auftrag der Zionistischen Vereinigung eine Dokumentation antisemitischer Äußerungen verschiedener Organisationen begonnen hatte. Ihr gelang es, die Vorwürfe erfolgreich abzustreiten. Die Verfolgung politischer Gegner traf 1933/34 neben Arendt eine Vielzahl von Jüdinnen und Juden² in Berlin und Brandenburg, die aus den unterschiedlichsten Gründen in „Schutzhäft“ kamen. Sie wurden als politisch und gesellschaftlich aktive NS-Gegner verfolgt – aber auch zu unpolitischen Opfern von Rache, Denunziation oder antisemitisch motivierten Aktionen. Mit den Haftkontexten dieser jüdischen Häftlinge sowie ihrer Situation innerhalb der frühen Konzentrationslager der Region beschäftige ich mich in meiner politologisch-historischen Dissertation, die am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin bei Herrn Prof. Siegfried Mielke entsteht.³

Ziel des Promotionsvorhabens ist es, das Verhältnis von politischer Verfolgung und jüdenfeindlichen Maßnahmen zu Beginn des NS zu beleuchten. Die Dissertation wird die Haft unterschiedlicher Personen und Gruppen belegen. Ich möchte einige Beispiele nennen: Der jüdische Schriftsteller und Anarchist Erich Mühsam

¹ Hannah Arendt im Gespräch mit Günter Gaus, ZDF, Sendung vom 28. 10. 1964, Transkript online unter http://www.rbb-online.de/zurperson/interview_archiv/arendt_hannah.html (letzter Zugriff am 29. 6. 2015).

² Hierunter werden sowohl Personen gezählt, die sich als jüdisch definierten als auch solche, die laut den Nationalsozialisten eine „jüdische Herkunft“ hatten, sich selbst aber nicht als Juden verstanden. Die Zuschreibung „Jude“ oder „jüdisch“ ist daher in diesem Text mit der gebotenen kritischen Distanz zu verstehen.

³ Das Promotionsvorhaben wird durch ein Elsa-Neumann-Stipendium des Landes Berlin finanziell unterstützt.

wurde in den KZ's Sonnenburg, Brandenburg und Oranienburg festgehalten und schließlich ermordet. In politische Haft kamen auch jüdische Mitglieder zahlreicher Organisationen der Arbeiterbewegung und Widerstandsgruppen – so waren etwa Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) aus Berlin in den frühen Lagern Maikowski-Haus, Columbia-Haus und Oranienburg mit antisemitisch motivierter Gewalt konfrontiert. Jüdische Juristen, die Nazi-Gegner verteidigt oder SA-Männer verurteilt hatten, wurden in „Schutzhaft“ genommen. Mitglieder zionistischer Organisationen waren unter anderem im KZ Brandenburg inhaftiert. Ein jüdisches Erziehungsheim im brandenburgischen Wolzig wurde von der SA enteignet und die vierzig minderjährigen Fürsorgezöglinge ins KZ Oranienburg verschleppt. Jüdische Ärzte wurden nach Razzien in Berliner SA-Lager gebracht, jüdische Kaufleute nach dem antisemitischen „Aprilboykott“ angeblich zu ihrem „eigenen Schutz“ festgenommen. In zahlreichen Berichten schildern Häftlinge zudem eine systematische Schlechterstellung, Schikane und Misshandlung von Juden in den Lagern. Paradigmatisch hierfür steht die „Judenkompanie“ des KZ Oranienburg, in der Häftlinge nach rassistischen Zuschreibungen zusammengefasst, abgesondert und zu demütigenden Arbeiten gezwungen wurden. In meiner Dissertation werden Haftgeschichten dieser Personen und ihre Erfahrungen als „Juden“ in den verschiedenen Berliner und Brandenburger Lagern erstmals zusammenfassend dargestellt.

Obwohl die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im NS in vielfältiger Weise dargestellt wurde, bildet die Erforschung ihrer „Schutzhaft“ in frühen Lagern 1933/34 einen wenig beachteten Bereich. Lange wurden NS-Konzentrationslager erst ab der massenhaften Verhaftung jüdischer Männer nach dem Novemberpogrom 1938 als Orte der Judenverfolgung rezipiert. Nur zu den jüdischen Häftlingen in Sachsenhausen, Buchenwald und Ravensbrück gibt es bisher größere Publikationen. Die Forschung zu frühen Konzentrationslagern als Orten der Ausgrenzung von Juden steht an ihren Anfängen.⁴ Meine Dissertation widmet sich diesem Forschungsdesiderat. Sie zeigt, dass mit dem rechtlich unscharfen Mittel der „Schutzhaft“ willkürlich unterschiedliches Verhalten sanktioniert wurde. Politische Regimegegner wurden in der „Schutzhaft“ zusätzlich als „Juden“ gebrandmarkt, Jüdinnen und Juden, die sich gegen den Antisemitismus der Nazis wandten, wurden kriminalisiert, und sich als unpolitisch verstehende Jüdinnen und Juden wurden auf der Basis antisemitischer Vorurteile zu „Kommunisten“ umdefiniert, etwa um persönliche Rachezüge zu legitimieren. Dies lässt sich am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg deutlich zeigen – mit Berlin als Hochburg der Arbeiterbewegung und Stadt mit der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands, und kontrastierend hierzu Brandenburg mit seinen ländlichen (Vorurteils-)Strukturen und einer geringen jüdischen Bevölkerung, gleichzeitig Standort dreier großer unter Berliner Aufsicht stehender Konzentrationslager.

⁴ 2015 erschien erstmals ein umfangreicher systematischer Überblick über die Jahre 1933–39, vgl. Kim Wünschmann: *Before Auschwitz. Jewish Prisoners in the Prewar Concentration Camps*, Cambridge 2015.

Zentral für die Recherche und Rekonstruktion der Haftkontexte und -verläufe ist ein biografischer Ansatz, mit dem sowohl individuelle als auch kollektive Merkmale der „Inschutzhaftnahme“ von mehr als 300 Personen jüdischer Herkunft erfasst werden. Zugleich werden die verschiedenen Lager einer komparativen Analyse unterzogen. Die Nutzung unterschiedlicher Quellentypen erlaubt es dabei, die „offizielle“ Außensicht auf die Lager durch eine Binnenperspektive individueller Erfahrungen zu ergänzen und das Handeln unterschiedlicher Akteure sichtbar zu machen. Die Dissertation wird die bislang vollständigste Übersicht der jüdischen Häftlinge in frühen Berliner und Brandenburger Lagern bieten und gleichzeitig erstmals die Lager der gesamten Region gemeinsam betrachten.⁵

Wegen des starken regionalen Bezugs der Arbeit nutze ich vor allem Archive in Berlin und Brandenburg. Dies sind insbesondere das Bundesarchiv, das Brandenburgische Landeshauptarchiv, das Berliner Landesarchiv und das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Hier befinden sich Quellen zur Arbeit der Polizei- und Regierungsbehörden und regionaler Akteure, zum Teil auch der Lagerverwaltungen, sowie Sammlungen aus der Zeit nach 1945. Hinzu kommen lokale bzw. Gedenkstättenarchive in Berlin und Brandenburg. Für die Personenrecherche sind neben gedruckten biografischen Zeugnissen und Nachschlagewerken personenbezogene Akten, Nachlässe oder Zeitzeugenberichte, die nicht publiziert wurden, unerlässlich. Trotz der notwendigen kritischen Distanz bilden diese Quellen ein wichtiges Korrektiv zur „Tätersicht“. Von großer Bedeutung sind die Entschädigungs- bzw. OdF-/VdN-Akten im Berliner Landesarchiv, dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv und dem Berliner Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten.

An auswärtigen Archiven ist vor allem das Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen für meine Arbeit von Bedeutung. Zudem profitiere ich von dem Zugang zu Materialien der Wiener Library oder des Leo Baeck Institute im Jüdischen Museum Berlin und der Stiftung Topographie des Terrors.

Angesichts der Vielzahl an zu recherchierenden Namen und Orten sind die in wachsendem Umfang online zur Verfügung stehenden digitalen Recherchemöglichkeiten der verschiedenen Archive von großem Wert. Darüber hinaus nehmen im Volltext verfügbare digitalisierte Quellensammlungen einen wichtigen Stellenwert ein – etwa die Datenbank „Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Online. Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945“ (De Gruyter, in Verbindung mit verschiedenen Archiven und Institutionen), das „Gedenkbuch des Bundesarchivs für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland (1933–1945)“, die Interviews des „Visual History Archive“ der Shoah Foundation oder die „Central Database of Shoah Victims' Names“ der Gedenkstätte Yad

⁵ Zwei Überblicksarbeiten zu den Berliner bzw. den Brandenburger Lagern sind in den letzten Jahren erschienen, vgl. Irene Mayer-von Götz: Terror im Zentrum der Macht. Die frühen Konzentrationslager in Berlin 1933/34-1936, Berlin 2008; Günter Morsch/Agnes Ohm (Hrsg.): Terror in der Provinz Brandenburg. Frühe Konzentrationslager 1933/34. Eine Ausstellung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Berlin 2014.

Vashem. Über die Verschlagwortung bzw. Volltextsuche, die diese Datenbanken bieten, lässt sich gerade mithilfe des biografischen Ansatzes eine große Fülle unterschiedlicher Informationen oder Archivalien finden, die mithilfe einer statistischen Auswertung oder einer Inhaltsanalyse für die Arbeit fruchtbar gemacht werden können.

*Julia Pietsch*⁶

Informationen

Internetportal: wiedervereinigung.bundesarchiv.de

Aus aktuellem Anlass hat das Bundesarchiv das Internetportal wiedervereinigung.bundesarchiv.de eingerichtet. Hier finden sich digitale Töne, Bilder, Filme, Plakate und schriftliche Dokumente, die auf den eigenen PC abgerufen werden können. Ein Zeitstrahl ermöglicht es, entscheidende Daten direkt anzuwählen. Das Portal berücksichtigt sowohl die westliche als auch die östliche, die nationale und die internationale Perspektive und stellt sowohl staatliches Handeln als auch gesellschaftliche Aktivitäten heraus.¹

Weitere Akten des Bundesarchivs zu Aspekten der DDR-Geschichte erschlossen

Wie das Bundesarchiv in seinen Fachinformationen mitteilt, sind neue Informationen zu Quellen der DDR Ministerien für Wissenschaft und Technik, Gesundheitswesen und Kultur über die Rechercheanwendung *invenio* zugänglich. So werden beispielsweise 1.) ca. 6.000 Berichte von DDR-Bürgern über den Besuch von Fachtagungen in Ost und West in den Jahren 1973-1989 in der archivischen Datenbank nachgewiesen. 2.) Konnte die Erschließung der Überlieferung des Ministeriums für Gesundheitswesen der DDR (Bestand DQ 1) abgeschlossen werden. 3.) Sind seit kurzem Unterlagen des gesamten Bereiches Internationale Beziehungen des Ministeriums für Kultur (Bestand DR 1) nutzbar.²

⁶ Dipl.-Pol. Julia Pietsch ist Mitarbeiterin und Doktorandin im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft, Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik.

¹ Siehe www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/meldungen/04769/index.html.de.

² Siehe www.bundesarchiv.de/fachinformationen/04832/index.html.de.

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2015

Beim Rückblick auf das Geschäftsjahr 2014 kann der Vorstand erneut eine positive Bilanz ziehen.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1. „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (MFK)

Termingerecht erschienen die Nummern 47 und 48 im März bzw. im September 2015 mit einem Umfang von jeweils 64 Seiten und mit einem leserfreundlicheren Layout. In mehreren Fachzeitschriften stießen sie – wie schon die Hefte der vorangegangenen Jahrgänge – auf eine positive Resonanz. Stellvertretend sei auf die Rezension von André Leisewitz in der „Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung“, Nr. 102 von Juni 2015 verwiesen.

Besonders hervorzuheben seien an dieser Stelle die Dokumentationen, in denen Erstveröffentlichungen von Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung bzw. zur Zeitgeschichte vorgestellt werden: Das betrifft die Beiträge „Arisierung – Raub jüdischen Eigentums in Ahrensböck“ (Nr. 47) sowie „Die Einheit des deutschen Raumes wahren – Ein Briefwechsel von Buchenwald-Häftlingen 1946/47, dem Müllhaufen in Bielefeld entrissen“ (Nr. 48) von unserem Vereinsmitglied Jörg Wollenberg und die „Mitteilung über einen Brief von Arthur Stadthagen an Rosa Luxemburg vom 25. Juni 1914 im Kontext des gegen sie geführten Prozesses wegen ‚Beleidigung des Offizierskorps‘“ aus der Feder von Holger Czitrich-Stahl (Nr. 48).

Weiterhin sei auf Artikel zu Archiven und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung hingewiesen wie: „Bremer ‚Todtenbund‘ – ‚Pflanzschule des Kommunismus‘“ (Nr. 47), „Die alternative Peter-Weiss-Bibliothek in Berlin-Hellersdorf“ (Nr. 47), „Das Archiv der Wilhelm-Leuschner-Stiftung Bayreuth“ (Nr. 47) und die „Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien“ (Nr. 48). Besonders hervorhebenswert erscheint der Abdruck eines Beitrages von Philipp Reick über „Die Tamiment Library and Robert F. Wagner Labour Archives: Gedächtnis der Arbeiterparteien und sozialen Bewegungen der USA“ (Nr. 48). Damit haben die MFK zum ersten Mal einen ausführlichen, mit Faksimiles angereicherten Artikel über ein Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA publiziert. Nicht zu vergessen die Rubrik „Übersichten und Findmittel“, deren 38. Folge Kurt Metshies in der Nr. 48 veröffentlichte.

Weitergeführt wurden Berichte über Promotionsprojekte junger WissenschaftlerInnen. Einige von ihnen konnten mittlerweile als Autoren für unsere Zeitschrift und als Vereinsmitglieder gewonnen werden.

Den beiden Redakteuren der MFK – Birgid Leske und Rainer Holze – sei für ihre erfolgreiche Arbeit an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

1.2. Vorträge

Erneut bekam ein junger Wissenschaftler die Gelegenheit, im Rahmen der gemeinsam mit der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V. und der SAPMO organisierten Vortragsreihe, seine Forschungsergebnisse in einer öffentlichen Veranstaltung im Casino des Bundesarchivs vorzustellen.

Am 18. Juni 2015 referierte Ralf Hoffrogge, zurzeit Habilitand an der Ruhr-Universität Bochum, Ergebnisse seiner zu Beginn des Jahres publizierten Dissertation über „Werner Scholem – ein jüdischer Revolutionär in Deutschland (1895-1940)“.

Nach Absprache mit der SAPMO und der Johannes-Sassenbach-Stiftung wird im September 2016 wiederum ein jüngerer Kollege auf Initiative des „Förderkreises“ seine Forschungsergebnisse präsentieren: Alexander Amberger, Mitglied unseres Vereins, wird über das Thema „Die Öko-Utopien von Bahro, Harich, Havemann“ sprechen. Er wird nach Stefan Heinz, Oliver Reschke und Ralf Hoffrogge auf Vorschlag des Förderkreises in der genannten Vortragsreihe als Referent auftreten.

Den der Jahresversammlung am 25. April 2015 vorgeschalteten Vortrag hielt unser Vereinsmitglied Dietmar Lange zum Thema: „Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien“.

1.3. Kolloquium zum 70. Jahrestag der Befreiung

Im KulturGut Marzahn wurde am 30. April 2015 ein gemeinsames Kolloquium des Förderkreises, des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e.V. (BBB e.V.) und des Zeitgeschichtlichen Archivs e.V. zum Thema „Eine Stunde Null in den Köpfen? 1945 – Zur geistigen Situation nach der Befreiung“ durchgeführt.

Damit wurde eine wesentliche Thematik behandelt, die in den zahlreichen Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ansonsten wenig oder keine Beachtung fand. Vor ca. 80 Teilnehmern traten die Vereinsmitglieder Günter Benser, Peter Brandt und Jörg Wollenberg als Referenten auf. Die Vorträge werden 2016 in einem Sammelband publiziert werden (siehe Punkt 1.4.). Auf einer vom BBB e.V. produzierten DVD konnte bereits wenige Wochen später allen Interessenten ein filmischer Zusammenschnitt des Kolloquiums übermittelt werden. In mehreren Fachzeitschriften wurden Berichte über die Veranstaltung veröffentlicht.

1.4. Vom Förderkreis herausgegebene bzw. finanzierte Publikationen

2015 wurden insgesamt drei Veröffentlichungen vorbereitet, die im kommenden Jahr erscheinen werden.

Erstens handelt es sich um einen Supplement-Band des 2009 von Günter Benser und Michael Schneider im Auftrage der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und des Förderkreises herausgegebenen Buches „Bewahren – Verbreiten – Aufklären: Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewe-

gung“. Das von Dagmar Goldbeck und Günter Benser vorbereitete Typoskript wurde am 4. Dezember 2015 der FES übergeben. Mehrere Vereinsmitglieder haben biografische Artikel erarbeitet. Insgesamt sind in diesem Band fünfzehn Beiträge enthalten.

Zweitens wird ebenfalls anlässlich des 25jährigen Jubiläums unseres Vereins eine Festschrift vorbereitet, für die Birgid Leske und Rainer Holze verantwortlich zeichnen. Neben Dokumenten und Beiträgen zur Entstehungsgeschichte unseres Vereins werden Wissenschaftler zu Wort kommen, die das Wirken und die Bedeutung unseres Vereins würdigen. Der Band wird zum Geburtstag des Förderkreises allen Mitgliedern übermittelt.

Drittens wird von Rainer Holze, Marga Voigt und Reiner Zilkenat der Band „1945 – Eine Stunde Null in den Köpfen? Zur geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus“ herausgegeben. Er erscheint in der edition bodoni als Band 2 der Reihe „Forum Perspektiven der Geschichte“ und enthält neben den Vorträgen des Kolloquiums vom 30. April 2015 im KulturGut Marzahn (siehe Punkt 1.3.) weitere Beiträge zur Thematik, darunter von unseren Vereinsmitgliedern Günter Benser, Andreas Diers, Rainer Holze, Heinz Sommer, Marga Voigt, Günter Wehner und Reiner Zilkenat. Der Band wird im März 2016 auf der Leipziger Buchmesse während einer Veranstaltung des Verlages der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

1.5. Website

Der Informationsgehalt der von Sylvia Gräfe betreuten Website wurde weiter erhöht. Unter anderem wurde eine neue Rubrik „Beiträge zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ eingerichtet. Mittlerweile sind alle Inhaltsverzeichnisse der „Mitteilungen“ des Förderkreises seit der im März 2012 erschienenen Nr. 41 abrufbar; außerdem können ausgewählte Beiträge heruntergeladen werden. Die Rubrik „Geschichte der Bibliothek des IML“ wurde durch einen Beitrag von Heinz Sommer über die bibliografische Arbeit der Bibliothek vervollständigt. Die Website ergänzte auch 2015 die „Mitteilungen des Förderkreises“ und trug dazu bei, die Öffentlichkeitsarbeit unseres Vereins weiter zu qualifizieren.

1.6. Bekanntheitsgrad

Der Bekanntheitsgrad des Förderkreises konnte weiter gesteigert werden. Publikationen unseres Vereins bzw. von ihm finanziell geförderte Veröffentlichungen wurden in Fachzeitschriften und in der Presse positiv rezensiert. Das betraf neben den „Mitteilungen“ Henryk Skrzypczaks 2014 veröffentlichten Band „Als es ‚ums Ganze‘ ging – Gewerkschaften zwischen Revolution und Kapitulation 1918-1933“. Am 14. März 2015 stellten Marga Voigt und Reiner Zilkenat diese Publikation auf dem „Sachbuch-Forum“ der Leipziger Buchmesse vor ca. 40 interessierten Zuhörern vor. Von den Rezensionen, die diesem Band galten, sei besonders die ausführliche Besprechung von Stefan Heinz hervorgehoben, die im Heft 5/2015 der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft publiziert wurde.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO und Interessenvertretung der Mitglieder

Die Zusammenarbeit mit der Stiftung erfolgte vor allem über die Mitarbeit an der gemeinsamen Vortragsreihe. Über die Entwicklung der Stiftung wurde in den MFK mit Berichten über Kuratoriumssitzungen, Bestandszugänge und Erschließungsarbeiten kontinuierlich informiert. Auf der Sitzung des Kuratoriums der SAPMO (BArch) am 29. April 2015 verwies Günter Benser darauf, dass die seinerzeit für die Leitung der SAPMO (BArch) getroffene Regelung mit dem Stiftungserlass nicht vereinbar ist. Er nimmt damit sowohl die Anliegen einbringender Organisationen als auch die sich aus der Satzung des Förderkreises ergebende Verpflichtung wahr: „Interessenvertretung seiner Mitglieder als Nutzer einschlägiger Archive und Bibliotheken“ zu sein. Nach einer konstruktiven Aussprache sprach das Kuratorium die Erwartung aus, dass die Stelle eines Direktors ausgeschrieben wird. Mittlerweile hat eine solche interne Ausschreibung stattgefunden. Frau Dr. Walther-von Jena hat sich am 29. Oktober 2015 vorgestellt und zum 1. Januar 2016 als neue Direktorin die Leitung der SAPMO übernommen. Die anstehenden Fragen konnten vom Förderkreis zwischenzeitlich vor allem mit Frau Fischer und Frau Dolatowski einvernehmlich geregelt werden.

3. Beziehungen mit anderen Vereinen

3.1. ITH

Der Bericht über die 50. Linzer Konferenz der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH), an der unser Vereinsmitglied Jörg Wollenberg teilnahm, wurde in Nr. 47 der MFK abgedruckt. 2015 fand die 51. Konferenz in Kooperation mit der Humboldt-Universität in Berlin statt, worüber Axel Weipert, offizieller Vertreter des Förderkreises, in Nr. 49 unserer Zeitschrift berichten wird.

3.2. IALHI

Wie in den Jahren zuvor unterstützten Kollegen des Schweizerischen Sozialarchivs Zürich die Redaktion der MFK auch 2014 und 2015 solidarisch mit Berichten von der 45. Tagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) in New York (Urs Kälin – Nr. 47) sowie deren 46. Tagung in Edinburgh (Christian Koller / Stefan Länzlinger – demnächst in Nr. 49).

3.3. Andere Vereine

Im Berichtszeitraum wurde vor allem die Kooperation mit dem Berlin-Brandenburgischen Bildungswerk e.V. vertieft. Das gemeinsam mit dem Bildungswerk und dem Zeitgeschichtlichen Archiv e.V. organisierte Kolloquium zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Faschismus hatte einen erheblichen zeitlichen Vorlauf, wobei die Hauptarbeit (die Gewinnung von Referenten, die Festlegung des Tagungsablaufs und der Rednerliste, die Vorbereitung der Moderation der Veranstaltung sowie die Teilnehmerwerbung) während des 1. Quartals 2015 zu leisten war. Die Zusammenarbeit verlief dabei stets reibungslos.

Die Arbeitskontakte zum Berliner Bildungsverein „Helle Panke e.V.“ und zum „Förderverein Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ wurden kontinuierlich fortgesetzt. Auch 2015 organisierte die „Helle Panke“ termingerecht und in guter Qualität den Druck unserer „Mitteilungen“. Mit der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V. wurde freundschaftlich konferiert.

4. Vereinsangelegenheiten

Die Vorstandssitzungen fanden regelmäßig einmal im Quartal statt. Im Mittelpunkt standen die weitere Qualifizierung unserer Öffentlichkeitsarbeit und die Vorbereitungen der in Punkt 1.4. genannten Veröffentlichungen bzw. des Kolloquiums am 30. April. Wie in den vergangenen Jahren wurde auf jeder Sitzung die Planung für die jeweils nächsten beiden Hefte der MFK ausführlich behandelt, einschließlich der Fragen ihres Vertriebs. Über die Finanzen des Vereins und die Mitgliederbewegung informierte Elisabeth Ittershagen.

Das Protokoll der 24. Jahresversammlung unseres Vereins ist im Nr. 48 abgedruckt worden.

Der Vorstand bedankt sich herzlich bei allen Mitgliedern des Förderkreises für ihr Engagement.

In Dankbarkeit, Hochachtung und Trauer gedenken wir unseres verstorbenen Vereinsmitglieds Prof. Dr. Jakow S. Drabkin.

Nachruf auf Feliks Tych¹

Ich lernte Feliks Tych in den 1960er Jahren kennen. Als damaliger Direktor des Archivs der PVAP gewährte er mir in charmanter Zuvorkommenheit jedweden Quelleneinblick. Ich schätzte den polnischen Rosa-Luxemburg-Forscher als kenntnisreichen und kritischen Kollegen. Bereits 1962 hat er mit Jadwiga Kaczanowska eine „Bibliografia pierwodrukow Roza Luksemburg“ veröffentlicht, die 1971 ergänzt wurde. Dieser bibliografische Grundstock bleibt für die Luxemburg-Forschung unverzichtbar. Die erste dreibändige Ausgabe der über tausend Briefe von Rosa Luxemburg an Leo Jogisches, die 1968 erschien, war eine Meisterleistung. Sie legte den Grundstock für alle weiteren Briefeditionen. Bedauerlich ist, dass er seine Jogisches-Biografie nicht mehr verwirklichen konnte. Feliks Tych verstarb am 16. Februar 2015.

In über 50 Jahren begegneten wir uns gelegentlich zum Gedankenaustausch und auf internationalen Tagungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Linz. Besonders intensiv waren unsere Kontakte im Rahmen der seit 1980 unter der Präsidentschaft von Narihiko Ito wirkenden Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, die in Städten Europas, Asiens und Amerikas über 20 internationale Tagungen veranstaltete. Feliks Tych war stets inspirierend dabei. Das Rosa-Luxemburg-Symposium 1996 in Warschau fand unter seiner Schirmherrschaft statt. Zwei Jahre zuvor tagten wir in Beijing und besuchten Nanjing und Shanghai. Feliks Tych schrieb mir anschließend: „Nach der China-Erfahrung – so oberflächlich wie sie auch war – betrachte ich die Weltprobleme aus einer ganz anderen Sicht. Nicht so ‚egozentrisch‘ wie früher.“

Feliks Tych wurde am 31. Juli 1929 als neuntes Kind in einer polnisch-jüdischen Familie geboren. Seine Eltern und sieben Geschwister sind von Faschisten im KZ Treblinka ermordet worden. Feliks Tych war 1995 bis 2006 Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau. 1999 veröffentlichte er sein Buch „Der lange Schatten des Holocaust“, das leider noch nicht ins Deutsche übersetzt wurde. Im Interview mit Karlen Vesper am 27. Januar 2009 in „nd“ bevorzugte er das Wort Annäherung statt Versöhnung für das deutsch-polnische Verhältnis: „Das ist ein Prozess, in dem man sich gegenseitig ernst nimmt, respektiert und lernt, miteinander vernünftig umzugehen.“ Im Jahr darauf hielt Feliks Tych im Bundestag die Rede zum Auschwitz-Tag. Fest in meiner Erinnerung bleibt nicht nur unsere letzte Umarmung am 30. Mai 2014 in Berlin.

Annelies Laschitza

¹ Nachdruck; Erstveröffentlichung In: neues deutschland, 21./22. Februar 2015, S. 25.

Informationen

Nachfolgezeitschrift vom "JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung"

Das seit 2002 vom Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung dreimal jährlich herausgegebene gleichnamige "JahrBuch" erscheint mit Heft 1/2016 unter dem neuen Titel "Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien" (ISBN 978-3-86331-281-7; ISSN 2366-2387). Damit sollen Profil und Inhalt des Fachjournals knapper und zeitgemäß zum Ausdruck gebracht werden.

Zugleich erfolgt ein Verlagswechsel von der NDZ GmbH zum Metropol-Verlag (beide Berlin), in dem auch die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, das „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ sowie das „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung“ veröffentlicht werden.

Wie die Redaktion¹ auf ihrer Homepage (<http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de/?p=499>) mitteilt, steht die Publikation weiterhin in der Tradition der nach 1990 reformierten „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ und wird auch künftig drei Hefte pro Jahr von etwa 660 Seiten Gesamtumfang umfassen. Adressaten sind wie bisher HistorikerInnen, Studierende und historisch Interessierte. Hauptgegenstand bleiben Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen, europäischen und außereuropäischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Arbeitswelt, zur Organisations- und Ideengeschichte demokratischer Bewegungen, zu Kultur und Lebensweise im Arbeitermilieu.

Das erste Heft mit dem Schwerpunkt "Linke Betriebsinterventionen. Wilde Streiks und operaistische Politik 1968 bis 1988" ist kürzlich erschienen. Das neue Journal macht Hoffnung, dass die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Arbeitskämpfe der Hauptschwerpunkt bleiben wird.

Der Preis des Einzelhefts erhöht sich auf 14 €, des Inlandsabos auf 35 € und des Auslandsabos auf 45 € (zzgl. Porto). Im Editorial der Redaktion und des herausgebenden Fördervereins heißt es u. a.: "Wir hoffen, dem erhöhten Preis gerecht zu werden mit fortgesetzt gehaltvollen wissenschaftlichen Beiträgen zur Geschichte der Arbeit, der proletarischen und anderer linker Bewegungen, zur Geschichte der Arbeitskämpfe und des Widerstandes gegen Ausbeutung, Entrechtung und Diffamierung sowie zu Alltag und Lebensweise, den Milieus der Arbeitenden."

Bestellungen sind direkt an den Metropol Verlag (Ansbacher Straße 70, D-10777 Berlin) zu richten:

Tel.: 030 - 23 00 46 23; Fax: 030 - 2 65 05 18; veitl@metropol-verlag.de.

¹ Ihr gehören folgende Kolleginnen und Kollegen an: David Bebnowski, Dr. Ralf Hoffrogge, Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Monika Rank, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Axel Weipert.

Datenbank „Sowjetische Kriegsgräberstätten in Deutschland“ – Aktuelles und Perspektiven –

Im letzten Heft der MFK berichteten wir über die Präsentation und Onlineschaltung der Datenbank „Sowjetische Kriegsgräberstätten in Deutschland“ am 24. April 2015 in der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin.¹

„Seitdem erfreut sich die Internetseite www.sowjetische-memoriale.de einer regen Aufmerksamkeit“, heißt es in einem Rundschreiben des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst vom Dezember 2015.² Die Unterzeichner des Schreibens, Lutz Prieß und Sebastian Kindler, selbst wesentlich an der Erarbeitung der Datenbank beteiligt, bedanken sich bei den zahlreichen Nutzern aus Belarus, Deutschland, Russland und der Ukraine, die im Laufe des Jahres 2015 durch diverse Hinweise, Korrekturen, Ergänzungen sowie historische und aktuelle Fotos zur Bereicherung der Online-Dokumentation beitrugen.

Unterstützt durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters, und die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ fanden am 22. Juni in Berlin und am 26. November 2015 in Moskau wissenschaftliche Konferenzen statt, auf denen mit in- und ausländischen Kollegen, Vertretern gesellschaftlicher Organisationen sowie aus Landes- und Kommunalverwaltungen Ergebnisse der Projektarbeit sowie aktuelle und historische Fragestellungen beraten wurden. Vorrangiges Anliegen bleibt es nach wie vor zu klären, wie „die Gräber und die Namen der sowjetischen Gefallenen und Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges sowie von den in Deutschland beerdigten Zwangsarbeitern aus dem Schatten der Vergessenheit hervorgeholt werden können“.³

Obgleich das Projekt „Sowjetische Memoriale“ die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt hat, bleibt es – so die Unterzeichner – „eine vielfach geäußerte Hoffnung, dass die Verewigung der bisher als ‚unbekannt‘ registrierten Gräber sowohl vor Ort in geeigneter Art und Weise als aber auch durch einen öffentlichen Zugang zu den Namenslisten der Gräberorte durch gemeinsame Anstrengungen Schritt für Schritt realisiert wird.“⁴

¹ MFK, Nr. 48, September 2015, S. 10-12.

² Von Dr. Lutz Prieß und Sebastian Kindler, M.A., unterzeichnetes Rundschreiben des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst an die Förderer des Projekts vom Dezember 2015, S. 2.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

Vorträge

17. September 2015

Nomenklaturkader und andere Partner des MfS. Personen im Grenzbereich von Staatspartei und Staatssicherheit

Christian Booß, Dr. Helmut Müller-Enbergs

Der Begriff Denunziation ist ein Schlüsselbegriff in der gegenwärtigen Diskussion über die nachrichtendienstliche bzw. geheimpolizeiliche Arbeit. Ausgehend von der Erforschung des Nationalsozialismus hat sich der Horizont der Denunziationsforschung mehrfach geweitet. Manch einer hat den Begriff Denunziation auf kommunistische Systeme angewandt. Reizvoll erscheint daran der Ansatz, bestimmte Milieus diesbezüglich systemübergreifend zu untersuchen. Auch auf die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wird Denunziation als Begriff seit längerem wie selbstverständlich bezogen. Bislang wurde dieses Phänomen hierbei vor allem bei Informanten des Staatssicherheitsdienstes verortet.

Es werden oftmals alle Akteure, die wunschgemäß oder aus freien Stücken Informationen an einen der Nachrichtendienste liefern bzw. lieferten, als Denunzianten bezeichnet. Nahezu austauschbar wird dieser Begriff nicht selten mit Spitzeln, Spionen, Verrätern und Agenten – in der DDR mit inoffiziellen Mitarbeitern (IM) – gleichgesetzt. Wir halten das für undifferenziert. Denn dabei wird erstens unzureichend reflektiert, inwieweit diese Informationsspender wirklich sinnvoll unter einem Begriff wie Denunziation zu subsumieren sind. Zum Zweiten stellt sich speziell in Hinblick auf die DDR die Frage, ob sich in einer indiskreten Gesellschaft – einem System, das nahhaltig auf die soziale Kontrolle ihrer Bürger abgestellt hat -, Informationen, darunter solche mit denunziatorischem Charakter, primär über die IM gewonnen wurden.

Wir schlagen vor, weitere Phänomene bei der heimlichen Informationsbeschaffung in diese Untersuchung einzubeziehen; mithin solche Phänomene zu betrachten, die denunziatorische Elemente enthalten, ohne jedoch von vornherein als denunziatorisch im engeren Sinne zu erörtern und zu definieren.

Unseres Erachtens versperren die bisherigen, meist pauschalisierenden Etikettierungen den Blick auf einen Untersuchungsgegenstand, der eines vielfältigen und differenzierend vorzunehmenden analytischen Aufschlusses bedarf.

Es liegt bereits eine ganze Landschaft an Deutungsversuchen zum Begriff Denunziation vor, die sich je nach fachlicher Disziplin auf historische Herleitungen stützt. Es erscheint in diesem Kontext sinnvoll, dem Appel der Wiener Historikerin Ela Hornung zu folgen, die „in jedem Fall“ für eine „Entemotionalisierung und Entmoralisierung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung“ bei dem Begriff und den Problemen der Denunziation eintritt. Man könnte sagen: Mehr analytische Schärfe und weniger emotionale Entrüstung klärt den Blick. Das ist leichter gefordert als

erfüllt, weil Erörterungen über inoffizielle Mitarbeiter und Denunzianten häufig über die Grenzen der sozial anerkannten Regeln des Umgangs verstoßen. Der häufig inkludierte Vertrauensbruch führt, auch das ist letztlich eine zivilisatorische Leistung, zu einem Empörungsreflex. Das ist ebenso verständlich wie behindernd. Selbst in Fachdiskussionen wird oftmals der Status eines inoffiziellen Mitarbeiters mit dem eines Denunzianten gleichgesetzt. Dabei mehren sich die Hinweise, wonach IM keinesfalls im Ganzen denunziert haben.

Beim klassischen Denunziationsbegriff wird die Eigeninitiative des Denunzianten in den Vordergrund gestellt, während jene, auf die sich die Staatssicherheit stützte, ganz überwiegend von ihr selbst kontaktiert wurden. Die Frage nach den rechtlichen Grundlagen der Informationsweitergabe an staatliche Stellen ist die Diskussion des Begriffes Denunziation – eigentlich Denunziationskomplex –, von grundsätzlicher Bedeutung. Wenn die staatliche Begehrlichkeit an einer Informationsabgabe legal und damit legitim erscheinen ließe, verbliebe kein Spielraum mehr für die Denunziation im öffentlichen Sektor. An den IM wird das deutlich: Angenommen, die Bereiche staatlich legitimierten Informationsaustausches würden nicht im Komplex der Denunziation berücksichtigt, fielen die IM heraus, denn auch die Inoffiziellen leisteten ihren Dienst für den Sozialismus, worauf im Übrigen in den Verpflichtungserklärungen, die von ihnen oftmals handschriftlich zu formulieren waren, verwiesen wird. Sogar das Spezifische des Systems der SED-Diktatur würde ausgeblendet, wenn allein die staatliche Sichtweise zum Kriterium denunziatorischer Verhaltensweisen gemacht würde. Es bliebe dann allein der private Bereich als Raum der Denunziation übrig. Darauf ergibt sich der Anspruch, die Legitimität staatlicher Normen und Erwartungen innerhalb des Denunziationskomplexes zu hinterfragen.

Es sind zugleich Fragen nach den Intentionen des Informationsgebers und dem Zweck der Information selbst aufzuwerfen. Unbeschadet des Wirkens des MfS gab es zahllose weitere Berichtsformen in der DDR, die nicht allein dem staatlich legitimierten Anliegen dienten, sondern auch zur Kontrolle oder zu repressiven Zwecken genutzt werden konnten – und wurden. Gemeint ist, dass für die Abläufe innerhalb von Institutionen gefertigte Berichte vom MfS genutzt wurden, ohne dass deren Verfasser eine andere als die beabsichtigte Verwendung einkalkulierten. Derartige Berichte legen die Frage nahe, ob es eine unbewusste Form der Denunziation gegeben hat. Das zu betonen ist erforderlich, da in Definitionen der Denunziation explizit bewusstes Handeln unterstellt wird.

Zusammenfassend müsste Denunziation so definiert werden: Wenn jemand über einen Dritten Informationen weitergibt und damit zumindest in Kauf nimmt, dass diese Informationen durch die dadurch unterrichteten Institutionen genutzt werden können, Dritten – ohne Rücksicht auf Menschenrechte – zu schaden oder diese zu verfolgen, und weiter, wenn dem Informationsgeber die Normen der unterrichteten Institutionen wichtiger sind als ethische Regeln des Zusammenlebens, dann gehören derartige Handlungen zum Denunziationskomplex. Denunziationen im engeren Sinne hingegen könnten durch den Vorsatz eines Bürgers definiert werden, einen

Dritten gegenüber einer zu unterrichtenden Institution bewusst negativen Folgen auszusetzen.

Autorreferat

Literatur:

Christian Booß / Helmut Müller-Enbergs: Die indiskrete Gesellschaft. Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft 2014. Erschienen in der Reihe Studies in Intelligence Collection and Intelligence Analysis, Band 4.

Information

Archivdaten und Bibliothekskatalog der Akademie der Künste online

<https://archiv.adk.de> lautet die Internetadresse, unter der detaillierte Informationen zu 1.020.000 Archivalien, 462.000 analogen und digitalen Objekten¹ sowie zum Bibliotheksbestand der Akademie der Künste (seit 2005 in Trägerschaft des Bundes) elektronisch zur Verfügung stehen.

Zum Archivbestand gehört u.a. das Historische Archiv, das ebenso wie die Kunstsammlung und die Bibliothek seinen Anfang 1696 – im Gründungsjahr der Preußischen Akademie der Künste – nahm. Bedeutsam sind ferner die Bestände der zwei Nachkriegsakademien in Ost- und Westberlin, die 1993 mit dem Zusammenschluss beider Akademien zusammengeführt wurden. Zeitlichen Schwerpunkt der Bestände bilden das 20. und 21. Jahrhundert. Recherchierbar sind einzelne Archivbereiche (Archiv Bildende Kunst, Baukunstarchiv, Musikarchiv, Literaturarchiv, Archiv Darstellende Kunst, Filmarchiv, Kunstsammlung, Historisches Archiv) und spartenübergreifende Sammelschwerpunkte (Geschichte der Berliner Akademie der Künste seit Gründung, Archive der Akademiemitglieder, Künstler und kulturelles Leben in Deutschland seit 1900, Künstleremigration 1933-1945, der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933-1941, Kunst und Kultur in der DDR, Archive von Künstlervereinigungen und -verbänden). Derzeit umfasst die Sammlung auch ca. 1.130 Vor- und Nachlässe.

¹ Siehe neues deutschland, Kultur, vom 27.01.2016.

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Günter Benser: *Ulbricht vs. Adenauer. Zwei Staatsmänner im Vergleich*, Spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2015, 128 S. ISBN 978-3-360-02089-5.

„Mit Schwarz-Weiß-Malerei lassen sich das Wesen der beiden deutschen Staaten, die Lebenswirklichkeit der Menschen und die Rolle ihrer führenden Politiker nicht adäquat wiedergeben.“ (S. 22) In diesem Satz lässt sich ein Grundanliegen dieser Publikation von Günter Benser – wie auch generell seiner Arbeiten seit 1990 – erkennen. Konkret geht es hier um eine Bewertung der zentralen Politiker in den Anfangsjahren von BRD und DDR, Konrad Adenauer und Walter Ulbricht. Der Titel verspricht zwar einen umfassenden Vergleich ihrer politischen Aktivität, aber das wäre in einem solchen schmalen Band wohl kaum erschöpfend zu leisten. Vielmehr beschränkt sich Benser nach einer allgemeinen Einschätzung der beiden Persönlichkeiten in den folgenden Abschnitten darauf, ihre Werte und Weltbilder sowie insbesondere ihre Sicht auf wichtige Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte bis 1945 zu untersuchen.

Etwas überraschend wirft Benser zu Beginn die Frage auf, ob es sich bei den beiden Gründungsvätern tatsächlich um Staatsmänner gehandelt habe (S. 7). Wer würde ihnen das ernsthaft absprechen wollen? Dass sie überaus kontrovers beurteilt wurden und werden, versteht sich von selbst. Ihre prägende Rolle bei der Entstehung beider deutscher Teilstaaten steht außer Zweifel. Umso mehr, wenn man die Geschichte nicht aus der Warte des wiedervereinigten Deutschlands, sondern aus

der Perspektive der Zeitgenossen betrachtet. Hier hebt Benser hervor, dass Adenauers „Politik der Stärke“ lange als gescheitert betrachtet wurde (S. 24). Von manchen – gelegentlich auch im Westen – wurde Ulbricht dagegen eine, gemessen an seinen Möglichkeiten, durchaus erfolgreiche Politik zugeschrieben (S. 29). Dennoch ist klar, dass beiden in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges lediglich der Part als „Nebendarsteller“ (S. 29) zukam. Ähnliches lässt sich über ihre Staaten sagen, deren Schicksal letztlich im globalen Wettstreit der Systeme entschieden wurde. In dieser welthistorischen Auseinandersetzung war das doppelte Deutschland nur ein Aspekt von vielen, wenn auch ein wichtiger und symbolträchtiger.

Was die beiden Protagonisten weiter eintrug, war ihr ausgeprägtes Gespür für die politischen Realitäten, die Möglichkeiten und Grenzen ihres Handelns. Ihr Führungsstil war autoritär, auch wenn Benser in diesem Zusammenhang einen wichtigen Unterschied hervorhebt. Adenauer setzte sich mit seinen Opponenten auf dem Boden eines pluralen politischen Systems auseinander und griff dabei weitaus weniger auf Repressionen zurück. Beide waren fest verwurzelt in einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu – im rheinisch-katholischen Bürgertum der eine, in der sozialistischen Arbeiterbewegung der andere – und teilten die dort vorherrschenden Weltbilder. Das prägte nicht zuletzt auch ihre Sichtweise auf die Geschichte. Deren Einschätzung war daher in vielem konträr. Aber auch hier findet sich eine Gemeinsamkeit: Beide nutzten und instrumentalisierten die Historie zur Rechtfertigung ihrer Politik (S. 56).

Anhand einiger ausgewählter Beispiele illustriert Benser ihre Interpretationen der deutschen Vergangenheit. Dabei stützt er

sich auf einen reichhaltigen Quellenkorpus an Reden, Erinnerungen und anderen Publikationen beider Staatsmänner. Der Autor hat, wie er schreibt, im direkten Auftrag Ulbrichts bereits zu Lebzeiten der Protagonisten entsprechendes Material zusammengetragen (S. 30). Eine gewisse Schwierigkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass von Ulbricht weitaus mehr und meist systematischer ausgearbeitete Äußerungen zur Geschichte überliefert sind. Dennoch lassen sich bei Adenauer grundsätzliche Standpunkte identifizieren.

Beide thematisierten häufig die nationale Frage und damit die jüngere deutsche Geschichte. Sie beriefen sich auf die Nation und verstanden sich als Patrioten, ohne damit dasselbe zu meinen. Adenauer sah im „gesunden Nationalgefühl“ ein wirkungsvolles Instrument im innerdeutschen Wettstreit und nutzte dazu bewusst entsprechende Symbole wie das Deutschlandlied. Umgekehrt verkörperte für Ulbricht die DDR die zukunftsweisende Verbindung von nationaler und sozialer Frage, die dem unseligen, rückwärtsgewandten Imperialismus der BRD gegenübergestellt werden sollte.

Das deutsche Kaiserreich schätzte Adenauer ambivalent ein. Er stand der Idee des autoritär verfassten Nationalstaats positiv gegenüber, bemängelte aber zugleich seinen im Kulturkampf hervorgetretenen Protestantismus – wie überhaupt alles Preußische an dieser Ordnung. Bei Ulbricht fiel das Urteil wesentlich härter aus, verstand er diesen Staat doch als denkbar schlechtere Alternative zur versäumten Einigung im Zeichen der 1848er-Revolution. Letztlich hob er auch die Tatsache hervor, dass mit dem Jahr 1945 die Traditionslinie dieses Reichs endgültig abgebrochen sei.

Nicht minder kontrovers fielen die Einschätzungen zur Novemberrevolution aus.

Für Ulbricht war sie das zentrale Lehrstück deutscher Geschichte, gewissermaßen die Negativfolie seiner eigenen Umwälzung nach 1945. Sein Gegenspieler konnte darin wenig mehr als Chaos und Zerfall erkennen; entsprechend positiv schätzte er die „law-and-order“-Politik Eberts ein. Aus dem Scheitern der Weimarer Republik zog er zwei Lehren: Notwendig für ein stabiles Gemeinwesen seien wirtschaftliche Prosperität und eine weniger zersplitterte Parteienlandschaft, gerade letzteres eine wichtige Legitimation für die Volkspartei CDU. Ulbricht stellte die grundsätzliche Linie der KPD in der Weimarer Zeit nicht infrage, wenngleich er zumindest indirekt anmerkte, dass die von ihr unmittelbar erstrebte sozialistische Revolution zukünftig eher als schrittweiser Prozess anzugehen sei.

Unabhängig von ihrer unterschiedlichen Einschätzung des Charakters des Dritten Reichs einte sie ein wichtiger Aspekt: Weder Adenauer noch Ulbricht wollten auf die Mitarbeit ehemaliger Faschisten in ihrem Staat verzichten. Die Differenz lag freilich in der Frage, welche Rolle sie in einer neuen Ordnung spielen konnten und wie weitgehend ebendieser Rahmen neu aufzubauen sei. Damit hängt unmittelbar ein weiterer Punkt zusammen: Wie ist das Jahr 1945 zu begreifen? Während Adenauer hier meist von einem „Zusammenbruch“ sprach, sah es Ulbricht als Zäsur von epochaler Bedeutung, nämlich als den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Epoche. Insgesamt wird deutlich, dass beide Politiker einerseits in ihren Weltbildern durch die Geschichte geprägt wurden, zugleich aber auch - selektiv - auf sie als Argument in der Tagespolitik zurückgriffen. Durch ihre herausgehobene Stellung wurde dabei ihr „Verhältnis zur Geschichte selbst geschichtswirksam“ (S. 96). Auch darin lag

eine Gemeinsamkeit, wenngleich der Inhalt ihrer Geschichtsbilder und die daraus abzuleitenden Lehren höchst disparat ausfielen.

Axel Weipert

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke Bd. 6: 1893 bis 1906. Hrsg. u. bearb. v. Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort v. Annelies Laschitza, Karl Dietz Verlag, Berlin 2014. 990 S. ISBN 978-3-320-02301-0.

Dies ist der erste von drei Bänden, mit denen die 1970 bis 1976 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs ergänzt werden. So zeichnet sich – die bereits vorliegenden sechs Bände „Gesammelte Briefe“ eingeschlossen – eine Edition aller erhalten gebliebenen Dokumente Rosa Luxemburgs ab, die auch sämtliche überlieferten Entwürfe, Gedankenskizzen, Notizblätter wie auch polizeiliche Überwachungsberichte enthalten wird. Unsere beiden Vereinsmitglieder haben damit der Wissenschaft und linker Politik eine weitere akribische und sachkundig erläuterte Präsentation des Werkes dieser in aller Welt hochgeachteten Revolutionärin und Humanistin zur Verfügung gestellt.

Der nach fast vier Jahrzehnten Unterbrechung erschienene Band 6 enthält 270 Dokumente aus den Jahren 1893 bis 1906, die mit Ausnahme von acht Übersetzungen aus dem Französischen und einer Übersetzung aus dem Russischen alle in deutscher Sprache geschrieben wurden. Nur vereinzelt handelt es sich um bisher unveröffentlichte oder neu entdeckte, im Vorwort als „aufregende“ Funde hervorgehobene Handschriften. Die Mehrzahl der Texte wurde sozialdemokratischen Presseorganen entnommen. Doch auch die Politische Polizei

hat sich auf ihre Weise um die Überlieferung der Gedanken und Argumentationen Rosa Luxemburgs verdient gemacht, indem ihre Überwachungsorgane Protokolle von Versammlungsreden anfertigten, die der Mitherausgeber Müller aufgespürt hat. Dabei wurde offenkundig, dass die junge, in der Schweiz mit ihrer Dissertation befasste Rosa Luxemburg bereits vor ihrer Übersiedlung in das Deutsche Reich von dessen politischer Polizei observiert wurde.

Zu den unerwarteten, Aufsehen erregenden Entdeckungen dieser Edition gehören zwei bisher unbekannte Klausurarbeiten Luxemburgs zu ihrem Promotionsverfahren an der Züricher Universität 1897 wie auch der handschriftliche Entwurf ihrer Klausurarbeit über die Lohnfondstheorie aus dem Nachlass Jürgen Kuczynskis, dessen maschinenschriftliche Fassung bisher immer fälschlicherweise als Vorarbeit zu ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ angesehen wurde. In die Reihe dieser Entdeckungen gehören auch für Franz Mehring angefertigte Notizen, die sich mit Engels' Auffassungen zur Polenfrage auseinandersetzen. Ein anderer Fund dient der Erhellung des 1902 zwischen Luxemburg und Mehring aufgebrochenen Zerwürfnisses. Auch das Manuskript eines 1901 in der „Neuen Zeit“ nicht veröffentlichten Artikels konnte in den Band aufgenommen werden.

Viele Dokumente sind seit längerem bekannt. Sie konnten in den Ausgaben der 1970er Jahre wegen des administrativ vorgegebenen Umfangs nicht abgedruckt werden. Indes haben das erneute Durchforsten von Presseorganen, das Identifizieren ungezeichneter Beiträge wie auch Hilfeleistungen angesprochener Archive und Bibliotheken neues Material zutage gefördert. Dominierend sind in diesem Band Artikel aus sozialdemokratischen Tageszeitungen,

Berichte über ihre Reden auf Versammlungen und auf Kongressen wie auch ihre Verteidigungsreden vor den Landgerichten Zwickau 1904 und Weimar 1906.

Verständlicherweise spiegelt sich in hohem Maße das zeitgenössische sozialdemokratische Tagesgeschäft auch im Luxemburgschen Duktus wieder. Ein beträchtlicher Teil der im Band enthaltenen Aufsätze beschäftigt sich mit internationalen Themen, besonders mit der Bewegung in Frankreich, Polen und Russland. Dem Experten werden sich nicht wenige interessante Zusammenhänge und personelle Verbindungen erschließen. Der „normale“ Leser wird sicher vor allem von Luxemburgs offensiv vertretenen sozialistischen Überzeugungen, von ihrem Demokratieverständnis, von ihrem unermüdlichen Appell zur Eigeninitiative der werktätigen Massen, von ihrem Internationalismus in Bann gezogen werden. Ihm entrollt sich ein Panorama der russischen Revolution von 1905, erschließen sich bis heute bedenkenswerte Ansichten zur historischen Rolle der Religion, zu Aufgaben und Verantwortung von Journalisten und anderes mehr.

Das von der verdienten Luxemburg-Forscherin Laschitza verfasste Vorwort gibt aufschlussreiche Einblicke in die durch politische und soziale Kämpfe der 1960er und 1970er Jahre beförderte Luxemburg-Rezeption und in den Werdegang der Luxemburg-Edition. In der DDR, wo die umfangreichste und gediegenste Edition der Werke Luxemburgs erfolgte, erforderte dies mutiges Engagement zur Überwindung der Verunglimpfungen Luxemburgs aus der Zeit der Stalinära, wobei auch Kompromisse unumgänglich waren. Vor allem werden natürlich die bei der Arbeit an diesem Band gesammelten Erfahrungen vermittelt, wird auf Inhalt und Wert der wiedergegebenen

Dokumente eingegangen. Dass die Editionsprinzipien erläutert werden, versteht sich von selbst. Erschlossen ist der Band durch ein annotiertes Personenregister, das mit der Fülle der Daten zu heute weitgehend unbekanntem Zeitgenossen Rosa Luxemburgs besondere Anerkennung verdient, einem Geographischen Register und einem Abkürzungsverzeichnis. Der wissenschaftliche Apparat macht diesen Band zu einem Hilfsmittel, das auch über die engere Luxemburgforschung hinaus historische Studien befruchten kann.

Günter Benser

Im Licht der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1906 und Paralipomena zu Leben und Werk, hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhäus, Leipzig 2015 (= Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, H. 12), 110 S. ISBN 978-3-89819-420-4.

Auch in der o. g. Publikation widmet sich ein Beitrag dem Bd. 6 der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs.¹ Es geht um den Vortrag Eckhard Müllers auf der Veranstaltung der zentralen RLS zum 80. Geburtstag von Annelies Laschitza am 6. Februar 2014. M. stellte den bedeutenden Inhalt des Bandes erstmalig der Öffentlichkeit vor und verdeutlichte die mit dessen Erarbeitung verbundene immense Kärnerarbeit. Publiziert wird Manfred Neuhäus' Laudatio für A. Laschitza. Die Jubilarin habe durch ihre jahrzehntelange Forschungs-, Editions- und Publikationstätigkeit dem Bild von Leben und Werk Rosa Luxemburgs neue kräftige Konturen gegeben. H. Politt stellt zwei von ihm aus dem Polnischen ins Deutsche

¹ Siehe ferner die Rezension von Holze/Leske. In: MFK, Nr. 45, S. 47 ff.

übersetzte und eingeleitete Luxemburg-
Texte zur russischen Revolution 1905/06
vor; Willi Beitz widmet sich der Darstellung
Rosa Luxemburgs in Andrej Platonows
Roman "Tschewengur", um nur einige Bei-
träge zu nennen. Aufnahme fanden zwei
Nachrufe für den verdienstvollen polnischen
Luxemburg-Forscher und -Editor Feliks
Tych², der unserem Förderkreis angehörte.

Rainer Holze

**Elisabeth Benz: Ein halbes Leben für die
Revolution. Fritz Rück (1895-1959).** Eine
politische Biografie, Klartext Verlag, Essen
2014, 440 S., ISBN 978-3-8375-1293-9.

Diese Stuttgarter Dissertation, die nun als
opulentes Buch vorliegt, versammelt alles
Verfügbare, was biografische Auskünfte
über Fritz Rück hergibt, einen hochinteres-
santen Protagonisten der Geschichte der
deutschen Arbeiterbewegung, dessen Le-
ben mit so gut wie allen ihren Strömungen
verknüpft war. Sie speist sich aus dem Ma-
terial von 20 deutschen, schweizerischen,
schwedischen und russischen Archiven, 23
Periodika und zahlreichen Quelleneditio-
nen, einer außerordentlichen Fülle von Se-
kundärliteratur und nicht zuletzt aus den
unveröffentlichten autobiografischen Schrif-
ten Rück, den von ihm verfassten 22 Bü-
chern und Broschüren, seinen vielen Ge-
dichten und Pressebeiträgen. Das Buch
bietet eine überbordende Fülle an biografi-
schen Informationen, zu denen überdies
Interviews und Korrespondenzen mit 23
Zeitzeugen beitragen.

In acht Kapiteln zeichnet Elisabeth Benz
den Lebensweg Fritz Rück von seiner so-
zialdemokratischen Jugendzeit bis zu sei-
nem Wirken als Gewerkschaftsjournalist

und -funktionär in der Bundesrepublik
Deutschland nach. Besondere Aufmerk-
samkeit finden sein von radikaler Kriegs-
gegnerschaft geprägter Weg in Spitzenpo-
sitionen der Spartakusgruppe und seine
aktive Rolle unter den kommunistisch orien-
tierten Revolutionären 1918/1919 in Stutt-
gart und Württemberg. Dort gehörte Rück
zur ersten Reihe der Avantgardisten beim
Vorantreiben der Revolution zu konsequent
sozialistischen Zielen.

Rücks Vorpreschen, das ihm bereits in
den wenigen Tagen seiner Mitarbeit in der
Redaktion der „Roten Fahne“ die Kritik Ro-
sa Luxemburgs eingetragen hatte, scheitere-
te, weil ihm nicht nur die der SPD folgenden
Arbeiter, sondern auch die meisten Anhän-
ger der USPD die Gefolgschaft versagten.
Wir lesen das Kapitel als überzeugenden
Beleg dafür, dass der kleine Spartakusbund
zwar über herausragende Agitatoren und
Organisatoren verfügte, ihm jedoch der
Rückhalt in der breiten Masse der von der
Revolution Erfassten fehlte. Rück hat dies
selbst empfunden und in seinen Revoluti-
onsgedichten zum Ausdruck gebracht mit
bitterer Klage über die Arbeiter, die Sparta-
kus nicht folgten, mit einer zwischen pathet-
ischem Optimismus und Resignation
schwankenden Revolutionslyrik.

Detailliert beschreibt die Verf. die wech-
selvolle Tätigkeit Rück für die KPD in den
Jahren der Weimarer Republik. Als Mitar-
beiter der „Roten Fahne“ nahm er am
III. Weltkongress der Kommunistischen In-
ternationale teil. Er erwies sich fortan als
entschiedener Verteidiger Sowjetruslands
und der Bolschewiki. Als Feuilletonist publi-
zierte er Rezensionen zahlreicher Theate-
rinszenierungen, Filme und Bücher sowie
eigene Gedichte. Als Redakteur kommunisti-
scher Regionalzeitungen und Wanderred-
ner agierte er von 1922-1924 an rasch

² Siehe S. 46 des vorliegenden Hefts.

wechselnden Orten. 1924/25 war er bei der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau tätig. Seine dortigen Kontakte mit den abgelösten KPD-Führern Brandler und Thalheimer führten zwar zu seiner Rückberufung nach Deutschland, blieben aber ohne parteidisziplinarische Folgen. Vielmehr vollzog sich ein Wandel Rückes vom „ultra-linken Aktivisten zum Befürworter der Einheitsfrontpolitik“ (S. 188), die er, wie die KPD überhaupt, als Kampf gegen die Führung der SPD bei gleichzeitiger Werbung um deren Mitglieder verstand. In Einheitsfrontaktionen wie der Fürstenenteignungskampagne und dem Reichskongress der Werktätigen im Dezember 1926 spielte Rück eine gewichtige Rolle. Seit dem Parteitag 1927 war Rück als Mitarbeiter der Agitprop-Abteilung des ZK der KPD ein heftiger Kritiker der SPD-Führung und insbesondere der SPD-Linken.

Das Dunkel um den Bruch Rückes mit der KPD 1929 kann die Verf. leider nicht aufhellen. Sie schreibt von einem „erstaunlichen Sinneswandel“ (S. 195) und kann ihre These: „Rück hat sich nur langsam und zögernd von der KPD entfernt“ (S. 197) nicht überzeugend belegen. Rück, in seinen autobiografischen Reflexionen höchst zurückhaltend über die Jahre der Weimarer Republik, notierte 1948, dass er 1929 in hohem Bogen aus der KPD hinausgeworfen worden sei, nachdem er zehn Jahre lang vergeblich versucht habe, den Russen klarzumachen, dass die deutschen Revolutionäre nicht ihre Mamelucken seien (S. 197). Die Biografie enthält aber nur den einen einschlägigen Hinweis, dass Rück 1920 einen eigenen Weg der KPD einforderte. Nichts spricht sonst für eine kritische Haltung Rückes zur Komintern und deren Stalinisierung. Rück schloss sich auch nicht der KPD-Opposition an, in der sich die Kritiker

der Komintern und Verteidiger der innerparteilichen Demokratie vereint hatten.

Während Rück noch 1929 in die Bekämpfung des Faschismus den Kampf gegen die Sozialdemokratie als Helfershelferin des den Faschismus fördernden Großkapitals einschloss, trat er Ende 1930/Anfang 1931 ausgerechnet der SPD bei. Die Episode blieb kurz. Er wechselte im Oktober 1931 in die SAPD, deren Führer er zuvor als „Wortakrobaten“ attackiert hatte. In dieser linkssozialistischen Partei wurde er zum Haupt der kleinen Gruppe „Kommunistische Linke“, deren Ziel es war, die SAPD „in eine gemäßigt moskautreue kommunistische Massenpartei“ umzuwandeln“ (S. 208). Rück verteidigte die Politik Stalins bei der Entwicklung der UdSSR, kritisierte aber die Vorherrschaft der KPdSU in der Komintern und deren auf die SPD bezogene Sozialfaschismus-These. Er warb dennoch für den Anschluss der SAPD an die KPD und die Komintern. Im Juni 1932 schloss ihn die SAPD aus. Der Rückweg in die KPD war verschlossen.

Dass Rückes Leben nur zur Hälfte der Revolution gewidmet war, findet keine überzeugende Erklärung. Wohl auch deshalb nicht, weil der Untersuchung ein verengter Begriff von „politischer Biografie“ zugrunde liegt. Die Verf. beachtet bei der Rekonstruktion des Lebens ihres Protagonisten in zu geringen Ansätzen, dass dieser wie alle politisch denkenden und handelnden Individuen als eine biopsychosoziale Einheit existiert, wobei Biotisches, Psychisches und Soziales auf widersprüchliche Weise Denken, Handeln und auch wesentliche charakterliche Eigenheiten bestimmen, die wiederum auf das politische und soziale Verhalten zurückwirken. Die Charakterisierung Rückes nach seinem Ausschluss aus der SAPD durch einen Autor, von dem die

Verf. schreibt, er müsse „Rück sehr gut gekannt haben“ (S. 217), wird leider als „Schmähschrift“ abgetan, die darin aufgeworfene Frage nach Charaktereigenschaften Rück nicht verfolgt. Das nimmt der Verf. Möglichkeiten, den verwirrenden Zickzackkurs Rück zwischen KPD-SPD-SAPD-Parteilosigkeit in den Jahren 1929-1933 transparenter zu analysieren.

Sehr detailliert und sorgfältig recherchiert werden in zwei Kapiteln die Jahre der Emigration in der Schweiz (1933-1937) und in Schweden (1937-1949) behandelt. In der Schweiz begann Rück als von der restriktiven Einwanderungspolitik bedrängter Autor für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Medien seine Wandlung zum „Reform-Sozialdemokraten“ (S. 249); in Schweden findet dieser Prozess durch die Rückkehr zur organisierten Sozialdemokratie, durch die Abkehr vom revolutionären Marxismus und die Bewunderung des „Volksheim“-Konzepts der schwedischen Sozialdemokratie seinen Abschluss. Als Buchautor, Dichter und Journalist für die sozialdemokratische Presse Schwedens und der Schweiz erreichte Rück einen gewissen Wohlstand. Er gründete eine Familie mit fünf Kindern, trat 1943 in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens ein und erlangte 1947 die schwedische Staatsbürgerschaft. Bereits 1945 wird er noch im Exil Mitglied der SPD.

Bei seiner Rückkehr nach Deutschland 1950 übernahm Rück die Redaktion der Gewerkschaftszeitung „Druck und Papier“ in Stuttgart. In kurzer Zeit entwickelte er sich zu einem Spitzenfunktionär der IG Druck und Papier, als der er auch in den Bundesvorstand des DGB gewählt wurde. 1955 übernahm er zudem den Vorsitz im Bundesverband der Naturfreunde. Das schwedische Vorbild, die Deformation des

Sozialismus in den Staaten des Ostblocks und die Wohlstandsentwicklung in der prosperierenden BRD ließen Gedanken an eine Rückkehr zu revolutionären Positionen nicht aufkommen. Rück berief sich auf Marx, wenn er statt einer revolutionären antikapitalistischen Taktik Kompromisswege zur Lösung der sozialen Frage befürwortete. Dem Kreis um Victor Agartz schloss er sich nicht an. Im Kampf um Mitbestimmung, gegen die Remilitarisierung der BRD und gegen atomare Aufrüstung, in der Opposition gegen die Abkehr des DGB von seinem sozialistischen Gründungskonsens erwies sich Rück als linker Sozialdemokrat. Seine Kritik des Kommunismus hatte nichts mit fanatischem Antikommunismus zu tun. Am Ende seines Lebens ist er überzeugt, dass „der Sozialismus eine Zukunft hat“, und er bekannt sich in Erinnerungen an die Novemberrevolution 1918 dazu, zu dem Teil der Arbeiterbewegung gehört zu haben, in dem die „stärksten und wertvollsten Kräfte“ der revolutionären Bewegung zusammengefasst waren.

Im Epilog resümiert die Verf. verschiedene Aspekte des Lebens von Fritz Rück. Hier erscheint – aus der Untersuchung vorher ausgeblendet – Rück's Talent als Maler. Hier erst werden, ohne sie vorher methodologisch aufzugreifen, einige Bemerkungen zum Charakter Rück's notiert.

Eine tabellarische Lebenschronik, Quellen- und Literaturverzeichnisse, eine detaillierte Bibliografie der Schriften Rück's sowie ein Personenregister beschließen den Band.

Leider kommt der Rezensent nicht umhin, am Ende einige Mängel in der quellenkritischen und sachlichen Akribie anzumerken. Ohne kritisches Hinterfragen werden die Jahre nach dem Geschehen verfassten autobiografischen, zudem oft literarisch

ausgestalteten Aufzeichnungen in vielen Fällen auf die gleiche Wertstufe gestellt wie zeitgenössische Quellen. Literaturbelege stammen nicht selten aus der „Tertiärliteratur“, so wird über Rosa Luxemburg geschrieben ohne Kenntnis der Luxemburg-Biografie von Annelies Laschitzka, über die Bremer Linksradiكالen ohne Berücksichtigung der reichlichen neueren Forschungsliteratur. Störend sind auch etliche sachliche Fehler, die hier nicht aufgelistet werden können. Schade ist, dass die bedeutenden Leistungen Rückts als Dichter und Schriftsteller nicht in die Geschichte der Arbeiterliteratur eingeordnet wurden.

Aber Störendes und Vermisstes schmälern nicht den Respekt vor der enormen Arbeitsleistung der Autorin, die der erfreulich wachsenden Zahl biografischer Arbeiten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen wichtigen Beitrag hinzugefügt hat.

Gerhard Engel

Detlef Brunner/Elke Scherstjanoi (Hrsg): Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne (= Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 22. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Redaktion: Bernhard Gotto/Thomas Schlemmer), Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston 2015, 148 S. ISBN 978-3-11-040253-7, ISSN 3-11-040253-X.

Die Veröffentlichung vereinigt 13 Beiträge eines Workshops anlässlich des 65. Geburtstags Jan Foitzik, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IFZ) und SMAD-Forscher, der vom IFZ zusammen mit dem Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig im September 2013 in Berlin zum Stand der

Forschung zur Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) stattfand.

Vorweg sei festgestellt: eine inhaltlich höchst beachtenswerte Veröffentlichung. Sie vereint die umfassende Darlegung von Erfahrungen und Ergebnissen der seit den 1990er Jahren von verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland initiierten Gemeinschafts- und Einzelprojekten mit russischen Kooperationspartnern mit einer detailreichen quellenkritischen Analyse der Archiv- und Bestandssituation in russischen und deutschen Archiven aus der Sicht von Historikern und Archivaren. Von den Autoren wird eine Vielzahl von potentiellen Forschungsansätzen angeboten. Alle Verfasser bringen in den Beiträgen zum Ausdruck, dass in der gemeinsamen Zusammenarbeit mit den russischen Partnern eine freundschaftliche, kollegiale und erfolgsorientierte Atmosphäre bestand.

Die Publikation ist in die nachfolgenden vier Hauptabschnitte untergliedert, denen die einzelnen Beiträge des Workshops zugeordnet sind: I. Einleitung; II. Die Archivsituation; III. Kooperationsprojekte - Erfahrungen und Ergebnisse; IV. Forschungsstand, Probleme, Perspektiven.

Einleitend geben die Hrsg. im Beitrag „20 Jahre SMAD-Forschung in Deutschland“ (S. 7-16) eine differenzierte Übersicht über die verschiedensten Projekte der seit 1990 laufenden Wissenschaftskooperation zwischen Deutschland und Russland. Im Ergebnis des bedeutsamsten Projekts, begründet auf der Vereinbarung zwischen dem Bundesarchiv und dem Föderalen Archivdienst Russlands (ROSARCHIV) vom 25. Oktober 1995 (Arbeitsprogramm zur Durchführung eines deutsch-russischen Gemeinschaftsprogramms zum Studium, zur Auswertung und zur Reproduktion der Akten der Sowjetischen Militäradministrati-

on in Deutschland 1945-1949), konnten ca. 10.000 Akten mit Schriftgut verschiedenster SMAD-Strukturteile als Kopie im Bundesarchiv Berlin der Forschung zur Verfügung gestellt werden.¹ Durch das Projekt wurde eine solide Quellenbasis als Ausgangspunkt für weitere Forschungen geschaffen. Parallel zu den archivischen Aktivitäten (Digitalisierungsarbeiten, Aktenverfilmungen, Bestandsrecherchen, Erarbeitung von Findmitteln) erfolgten in Teilprojekten verschiedener Archive und Forschungsinstitute in Deutschland und Russland Quelleneditionen in deutscher und russischer Sprache. Das Bundesarchiv-/ROSARCHIV-Projekt mit seinen verschiedensten Teilprojekten lief bis 2010. Weiter erfolgreiche Projekte werden im Einzelnen näher beschrieben, so das vom Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. Potsdam 2001 als deutsch-russisch-amerikanisches Projekt unter Federführung von David Pike (University of North Carolina at Chapel Hill). Im Ergebnis sind 187.000 Dokumente der SMAD unter der Adresse www.statearchive.ru/433 online abrufbar. Auf noch ausstehende Teilergebnisse wird hingewiesen. Ein ebenfalls bedeutsames Projekt zwischen dem Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena wird näher skizziert.² Daneben erfolgt auch eine Beschreibung kleinerer, aber im Endergebnis erfolgreich zu bewertender Initiativen.

Abschließend wird kurz auf die Problematik der SMAD-Forschung in beiden Teilen Deutschlands vor 1989 und die neuen Möglichkeiten nach 1989 eingegangen.

Zur Archivsituation ist aus russischer Sicht der Beitrag von Oxana Kosenko „SMAD-Dokumente. Probleme der Archivie-

rung und der Verteilung in den Archiven der UdSSR und der Russischen Föderation“ (S. 17-25) von besonderer Bedeutung. Im Detail geht sie auf die Archivierung der SMAD-Akten unmittelbar nach 1945 ff. anhand intensiver Archiv- und Literaturrecherchen ein. Sie beschreibt danach den Transfer und die Teilung der SMAD-Aktenbestände in den Jahren 1951 bis 1991 auf verschiedene Archive der UdSSR bzw. der Russischen Föderation (hier v.a. auf das GARF). Anschließend widmet sich die Autorin dem Schicksal der SMAD-Dokumentation nach der Übergabe an die Archive (Kassation und Deklassifizierung).

Kerstin Risse und Kerstin Weller informieren sehr ausführlich über die im Bundesarchiv vorliegende Überlieferung der Sowjetischen Militärverwaltung.³

Aus dem dritten Hauptabschnitt „Kooperationsprojekte - Erfahrungen und Ergebnisse“ ragen zwei Beiträge heraus: die Ausführungen von Jan Foitzik „Deutsch-russische Forschungen zur SMAD am Institut für Zeitgeschichte“ (S. 41-50) und des von Seiten des Bundesarchivs federführenden Projektmitarbeiters Kai von Jena „Das SMAD-Projekt – eine erfolgreiche deutsch-russische Archivkooperation (S. 51-58).

Jan Foitzik geht intensiv auf das Gesamtprojekt und seine Pilotphase sowie auf den wissenschaftlichen Ertrag der beiderseitigen Zusammenarbeit ein. Hervorzuheben sind die Ausführungen zum quellenkundlichen Wert des Archivguts der SMAD sowie der Hinweis auf notwendige umfassende verwaltungsgeschichtliche Kenntnisse bei der Nutzung der Dokumente. Der Autor weist völlig zu Recht auf Detailkenntnisse über die Struktur deutscher Verwaltungsorgane auf den verschiedenen Ebenen (zent-

¹ Vgl. S. 24 f. dieses Hefts der MFK.

² Ebenda, S. 25 f.

³ Ebenda, S. 24 ff.

rale-, Länder-, Ortsebene) und ihres Handelns sowie auf den Zusammenhang mit dem überlieferten Archivgut hin. Dabei lenkt Foitzik den Blick auf die noch nicht ausreichende Kenntnis und Nutzung von SMAD-Schriftgut in den Aktenbeständen deutscher Verwaltungsorgane. (In Brandenburg sind sogar Arbeitspläne von SMAD-Abteilungen aus dem Zeitraum 1946-1949 vorhanden.)

Im vorliegenden Band zeigen die Studien von Detlef Brunner (S. 75-84) und Jürgen John (S.85-98), welche Bedeutung die komplexe Nutzung von Schriftgut der SMAD und der SMA-Landesverwaltungen im Kontext mit der Berücksichtigung von in deutschen Archivbeständen befindlichem regionalen Archivgut hat.

Kai von Jena, neben Hans-Dieter Kreikamp leitender Vertreter des Bundesarchivs im deutsch-russischen Projekt, stellt aus der Sicht des Bundesarchivs das Ende der 1990er Jahre begonnene und 2010 mit Erfolg abgeschlossene Gesamtprogramm vor. In fünf Unterabschnitten beschreibt er das Gesamtprogramm, den Weg zur Kooperation, Probleme und Hemmnisse und zieht abschließend ein positives Fazit.

Neben diesen grundsätzlichen Arbeitsberichten enthält der dritte Hauptabschnitt noch zwei individuelle Erfahrungsberichte: Alexander von Plato „Sowjetische Speziallager in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1950. Rückblicke auf ein Pionierprojekt“ (S.59-65) und Jochen Laufer „Forschungen in russischen Archiven zu Fragen der deutschen Zeitgeschichte nach 1991. Ein Erfahrungsbericht“ (S. 67-73).

Der vierte Hauptabschnitt vereinigt die Beiträge von sechs Autorinnen/Autoren. Zwei Beiträge sind der regionalen SMA-Forschung gewidmet. So gibt u.a. Detlef Brunner im Beitrag „Regionale SMA-Forschung. Ein Überblick“ (S. 75-84) Hinweise

zu bestehenden Forschungsdefiziten zur Tätigkeit der SMA-Landesverwaltungen in den fünf Ländern der SBZ/DDR. Er charakterisiert den Forschungsstand seit 1990 und benennt wichtige Ergebnisse. Ein überzeugendes Beispiel der von Brunner gegebenen Orientierung auf die Einbeziehung von russischen und deutschen Quellen der Landes- und regionalen Ebene bei der Erforschung der Geschichte der SBZ und ihrer Länder bietet in dieser Hinsicht der in der subtilen Quellennutzung vorbildliche Aufsatz von Jürgen John „Über die Aussagekraft regionaler SMA-Akten für die SBZ-Forschung. Das Fallbeispiel der ‚Ära Paul‘ in Thüringen 1945 bis 1947“ (S. 85-98). Sein Beitrag behandelt am Beispiel des Landes Thüringen das Thema „Besatzungsherrschaft auf Landesebene als Forschungsproblem“, bietet eine Brunner ergänzende landesgeschichtliche Forschungsbilanz und skizziert künftige Forschungsaussichten. Abschließend führt der Verf. sechs Einzelbeispiele aus der wechselseitigen Nutzung von SMA-Dokumenten und der Akten aus dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar auf, die noch einmal das Erfordernis der Nutzung von Akten aller Verwaltungsebenen sowohl der Quellen der SMAD-, der SMA-Landesverwaltung und der deutschen Archivüberlieferung unterstreichen.

Elke Scherstjanoi lenkt mit ihrem Beitrag „Besatzungsherrschaft als soziale Praxis. Quellen für sozial- und kulturgeschichtliche Zugänge im SMAD-Bestand“ (S. 99-108) die Aufmerksamkeit auf einen Aspekt, der in den Forschungen, von einigen Ausnahmen abgesehen, bisher nicht im Mittelpunkt stand: die Akteure der Umsetzung der Besatzungspolitik in den verschiedensten Ebenen der sowjetischen Militärverwaltung (Ebene der SMAD, der SMA-Landesver-

waltungen bis hin zu den einzelnen Kommandanturen). Im Mittelpunkt noch zu leistender Forschungsaufgaben stehen biografie- und sozialgeschichtliche Aspekte (wie z.B. Herkunft, Bildungswege, Berufsabschlüsse, zivile oder/und militärische akademische Ausbildung, persönliche/familiäre Kriegserlebnisse, Dienstausbildung in unterschiedlichen begrenzten Zeiträumen in Ostdeutschland, Erfahrungen mit deutschen Verwaltungseinrichtungen aber auch mit der Bevölkerung in der besetzten Zone, Lebens-, Dienst- und Arbeitsverhältnisse in den Besatzungsorganen der verschiedenen Ebenen u.a.m.). Auch Scherstjanoi benennt sowohl Ergebnisse als auch Defizite, skizziert eine Vielzahl potenzieller Fragestellungen und beschreibt die zur Verfügung stehenden Archivquellen sowie deren Grenzen. Besondere Beachtung verdient der von ihr im Beitrag ausgeführte dritte Unterabschnitt „Besatzungsherrschaft – ein multiples soziales Verhältnis“. Die Gedanken in diesem Teil ihres Beitrags sind sowohl Diskussions- als auch Gesichtspunkte für künftige Untersuchungen zum Thema.

Enrico Heitzer befasst sich in seinem Beitrag „Speziallagerforschung und Gedenkstättenarbeit seit 1990“ (S. 109-119) mit einer z.T. nach wie vor politisch und wissenschaftlich kontrovers diskutierten Problematik. Auch er analysiert den Stand der Forschung, beschreibt kurz die bestehenden Dauerausstellungen, um dann eine Vielzahl von Desideraten zu benennen (u.a. Aspekte der Ermittlung, Festnahmen und Untersuchungshaft durch die sowjetischen Dienste und ihre deutschen Hilfsorgane, Struktur und Zusammensetzung des sowjetischen Lagerpersonals, Zusammenarbeit der Alliierten bei der Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechern und die Rolle der Speziallager sowie die Häftlingsstruktur in

den Speziallagern). Der Beitrag zeigt, dass künftig noch eine konkretere Forschungsarbeit zu leisten ist, wo derzeit noch keine breite Quellenbasis zur Verfügung steht.

Im Beitrag von Alexander Haritonow „Forschungen über Grabstätten sowjetischer Bürger“ (S. 121-127) sind zwei näher vom Autor ausgeführte Aspekte von Interesse: Erstens die Ausführungen über Gräbersuche durch SMAD-Dienststellen in Deutschland 1945 bis 1949 und deren Ergebnisse, zweitens die quellenkritische Bewertung der im Staatsarchiv der Russischen Föderation zu diesem Thema lagernden SMAD-Dokumente. Zusammenfassend werden vom Verf. noch einmal die Bedeutung des gemeinsamen deutsch-russischen Projekts und die nunmehr erreichten Ergebnisse hervorgehoben⁴.

Der Sammelband über den Workshop zu Ehren Jan Foitziks wird durch eine vorbildlich strukturierte Bibliografie von Felicitas Claus „Quelleneditionen, Erinnerungen und Darstellungen. Ein Verzeichnis“ (S. 129-144) beschlossen.

Kurt Metschies

Detlev Brunner/Christian Hall: Revolution, Umbruch, Neuaufbau. Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR, be.bra wissenschaftsverlag, Berlin 2014, 143 S. ISBN 978- 3- 95410-051-4.

Im Zeitraum 1989/90 vollzogen sich in der DDR gewaltige Umbrüche im wirtschaftlichen und politischen Bereich, auf gesellschaftlichem Gebiet insgesamt. Am meisten Beachtung in der Zeitgeschichtsschreibung haben die ökonomischen Umwälzungen gefunden. Sie hatten mit Währungsunion und Treuhandprivatisierung weitreichende,

⁴ Vgl. S. 48 dieses Hefts der MFK.

für jedermann im Osten bis heute spürbare Folgen. Große Aufmerksamkeit fand in der Geschichtsschreibung auch der politische Umbruch. An Stelle der durch SED-Herrschaft charakterisierten politischen Landschaft traten einige Monate lang die Aktivitäten der Bürgerbewegungen, bevor in Ostdeutschland Parteien dominierten, die mit ihren bundesrepublikanischen „Schwesterparteien“ liiert waren. Verglichen damit verlief der Umbruch innerhalb der ostdeutschen Gewerkschaftsbewegung weniger dramatisch. Die Interessenvertretungen der Beschäftigten in den Betrieben im Osten wurden in der „Wende“, da der FDGB, der zu radikalen Reformen nicht bereit war und bereits ab Februar 1990 kaum noch eine Rolle spielte, und die Bemühungen der in der Bürgerbewegung entstandenen „Initiative für Unabhängige Gewerkschaften“, eigenständige ostdeutsche Belegschaftsvertretungen aufzubauen, bereits im Februar 1990 scheiterten, von den westdeutschen Industriegewerkschaften stark beeinflusst. Die Ostgewerkschaften gingen im Laufe des Jahres 1990 unspektakulär in den Westgewerkschaften auf. Dieser Prozess fand vergleichsweise wenig Interesse seitens der Historiker.

Angeichts der relativen Vernachlässigung des betrieblichen Bereichs des gesellschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland verständlich und erfreulich ist die Initiative der Sassenbach-Gesellschaft, in Band 4 ihrer Schriftenreihe einen Beitrag über die Rolle der Gewerkschaften 1989/90 zu veröffentlichen. Er beinhaltet die Ergebnisse eines von der Universität Leipzig auf der Befragung von 15 in der „Wende“ gewerkschaftlich aktiven Personen beruhenden Projektes. Alle Interviewten waren ursprünglich Mitglieder des FDGB. Etwas mehr als die Hälfte übte vor der „Wende“

innerhalb der DDR-Gewerkschaft ehren- oder hauptamtliche Funktionen aus. Fast alle haben dann in den gesamtdeutschen Gewerkschaften Funktionen übernommen, meist auf Kreis- bzw. Bezirksebene, einige später auch auf Bundesebene.

Die Befragten werden im ersten, einleitenden Abschnitt des Buches unter „Kurzbiografien“ mit ihrem Lebenslauf vorgestellt und äußern sich dort unter „Prägungen“ zu ihrer sozialen Verortung und weltanschaulichen Entwicklung. Diese Art des Herangehens erweist sich für den Leser in jenen Fällen als außerordentlich hilfreich, wenn über dasselbe Ereignis bzw. die gleichen Akteursgruppen seitens der Interviewten unterschiedliche Urteile gefällt werden. Die Herausgeber weisen in der Einleitung darauf hin, dass auf der Basis von 15 Zeitzeugenbefragungen zwar ein umfassendes Meinungsspektrum wiedergegeben werden kann, auf Repräsentativität der Aussagen jedoch verzichtet werden musste. Die bezüglich der Interpretation bestimmter Wende-Ereignisse und der Einschätzung der Aktivitäten von Gewerkschaftsverbänden wiedergegebene Meinungsvielfalt wird der aufgeschlossene Leser zu schätzen wissen.

Von den Interviewern befragt wurden Zeitzeugen im als „Dokumentation“ gekennzeichneten mehr als hundertseitigen Abschnitt zu folgenden Themenkomplexen: Gewerkschaftsarbeit in der DDR, Revolution und Umbruch, gewerkschaftliches Engagement in dieser Zeit, Erfahrungen bei der Zusammenarbeit bzw. der Konfrontation mit Westdeutschen. Ferner wurde seitens der Interviewten zum Verhältnis von Gewerkschaften und Bürgerbewegung Stellung genommen, zum Thema betriebliche Interessenvertretung und zur Frage, wie weit es möglich war, die im Juli 1990 ein-

setzende Transformation von der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft gewerkschaftlich zu beeinflussen. Damit dürften die Interviewer alle aus gewerkschaftlicher Sicht wichtige Themen des Vereinigungsprozesses berücksichtigt haben.

Hier kann nur noch selektiv auf einige Feststellungen eingegangen werden, die sich aus den Interviews mit den befragten Gewerkschaftern ergeben:

Die Gewerkschaftsarbeit in der DDR wird von der Mehrzahl der Befragten deutlich positiver eingeschätzt als das in den meisten der nach 1990 erschienenen Veröffentlichungen zur Geschichte der DDR der Fall ist, in denen die größte Massenorganisation der DDR lediglich als „Transmissionsriemen der SED“ charakterisiert wird. Von den Interviewten werden die Wahlen zu den Gewerkschaftsvertretungen als grundsätzlich demokratisch eingeschätzt, wenn auch bemängelt wird, dass es in der Regel keine Gegenkandidaten gab. Die Interessenvertretung durch die Gewerkschaft – auch gegen Meister, Abteilungsleiter oder die Werkleitung – sei grundsätzlich möglich gewesen, hätte aber stark vom persönlichen Engagement des einzelnen Funktionärs abgehungen. Auf betrieblicher Ebene hätte die BGL durchaus Druck ausüben können. Insofern sei ein Vergleich mit den Betriebsräten möglich, zumal es bei der Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten auch heute sehr auf den persönlichen Einsatz des Gewerkschafters ankomme.

Die Interviewten sind sich einig, dass es 1989/90 eine kurze Zeit gegeben hat – etwa zwischen Februar und Juni 1990 – in der der Einfluss der Gewerkschaften in den Betrieben groß, ihre Position gegenüber dem Management stark und Mitbestimmung – vielfach in Kooperation mit der „staatlichen Leitung“ ausgeübt – ausge-

prägt war. Das habe sich grundlegend geändert nach der Einleitung der Privatisierung der Betriebe durch die Treuhandanstalt (THA) ab Juli 1990. Die Industriegewerkschaften – ob noch ostdeutsch oder ab Herbst 1990 in die des Westens inkorporiert – hätten sich gegenüber der praktisch niemandem als dem Bundesfinanzminister rechenschaftspflichtigen Privatisierungsanstalt als zu schwach erwiesen. Die von ostdeutschen Betriebsräten und in Abstimmung mit Werkleitern ihres Vertrauens favorisierte Privatisierungsmethode des Management-Buy-out an Personal aus der Leitung der Betriebe habe deshalb – um ein gewichtiges Beispiel zu nennen – wegen des Widerstands der THA viel zu wenig angewandt werden können.

Brunner und Hall werten in einem als „Ergebnisskizze“ bezeichneten Abschnitt über mehr als 10 Seiten alle Interviews sorgfältig und vorsichtig aus, immer bemüht, das gesamte Spektrum der Aussagen der Befragten zu berücksichtigen. Wie überhaupt das Buch durch Solidität besticht, was auf den Leser wohltuend wirkt angesichts der häufig vorschnellen Urteile, die die Zeitgeschichtsliteratur über die Rolle der Arbeiter und die Gewerkschaftsbewegung in Ostdeutschland während der Jahre 1989/90 gefällt hat. Die Lektüre des Interviewbandes kann allen an der Rolle der Gewerkschaften in der „Wende“ Interessierten, speziell denjenigen, die über die bisher von der Zeitgeschichtsschreibung noch unzureichend beleuchteten Vorgängen in den Betrieben mehr wissen wollen, nachdrücklich empfohlen werden.

Jörg Roesler